1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 21 vom 25. Mai 1984 | 18. Jahrgang | 1 DM

Die Empörten

Eine Pressekonferenz wurde eigens veranstaltet — von den Chefredakteuren der beiden Stuttgarter Zeitungen. Sie fühlen sich, seit dem Anschlag auf Horst Bekel vom vergangenen Wochenende verfolgt. Von Posten, die vor dem Möhringer Druckzentrum aufgezogen sind.

Da könne man es sich sparen, Artikel über Freiheitsrechte des Menschen zu verfassen, meinte einer der beiden Herren. Und nahezu alle großen Zeitungen brachten diese Ausführungen auf Seite 1, speziell die „Frankfurter Rundschau" brachte spaltenlange Artikel darüber, wie die IG Drupa die Pressefreiheit behindere.

So gliedern sich solche Blätter in die Hetzkampagne des Springer- und Burda-Kartells ein. Die Tatsache, daß eben diese Hetzkampagne die Atmosphäre geschaffen hat, in der in beispielloser Zahl solche Attacken auf das Leben von Streikposten und Gewerkschaftern gefahren werden, ist den noblen Demokraten kein Wort wert. Das sind dann bestenfalls „ungeklärte Umstände", unter denen solche Attentate stattfinden.

Darüber, daß in keinem anderen westeuropäischen Land die Tätigkeit von Streikposten so eingeengt ist wie in der BRD, darüber findet man in den ach so demokratischen Blättern ebensowenig wie in den Ausführungen der Herren Chefs.

Grüner SPD-Vorstand?

„Nicht rechts, nicht links, sondern vorn" — da wird es seit dem Wochenende immer enger. Auf diesem offensichtlich heißbegehrten Plätzchen haben sich nun neben den Grünen auch die Sozialdemokraten eingefunden. Wenn auch nicht alle Mitglieder und Anhänger beider Parteien, so doch ihre jeweilige Führung. Brandt persönlich und auch Eppler taten dies zum Abschluß des Parteitags in Essen kund.

Und daß sie nicht links sind, das haben sie nun wirklich mit ihrer Politik auf diesem Essener Parteitag abermals nachdrücklich unterstrichen. Da stritten sie sich vor allem um „die Mitte". Und das wiederum hieß Absage nach links. Wobei sie dann da ganz vorne zu stehen kommen wollen, bleibt etwas unklar, aber immerhin, es ist modern ...

Kein Kurzarbeitergeld für „kalt" Ausgesperrte

Regierung: Kampftrupp der Unternehmer

Heraus zur Bonner Demonstration!

In der vergangenen Woche hat die Regierung deutlich gemacht, daß sie keineswegs nur mit ihrer Hetzkampagne oder in der „allgemeinen Politik" auf der Seite der Kapitalisten steht, sondern ganz konkret in diesem Streik. Mit dem Beschluß, daß all die Belegschaften, die von den Kapitalisten kalt ausgesperrt werden von der Bundesanstalt für Arbeit kein Geld beziehen können, wurde dort im offenen Verein mit den Unternehmervertretern in der BfA ein Schlag gegen die Metallarbeiter geführt. Wenn ihr streiken wollt, jagen wir euch zum Sozialamt, das sollte damit klargemacht werden. Ein offener Angriff auf den Streik der Metallarbeiter, auf das Streikrecht, das so im Verein mit den Kapitalisten unterhöhlt werden soll, materielle Not soll Spaltung und Unterwerfung züchten. Helfen wir dabei mit, durch diese Rechnung einen Strich zu machen! Diese Regierung, diese Truppe von Handlangern der Aussperrer und Steuerbetrüger muß den Widerstand zu spüren bekommen! Dieser Beschluß muß von der Regierung zurückgenommen werden!



Kundgebung in Bochum

Streiks, Warnstreiks, Solidaritätsaktionen

Hessische Metaller im Streik

Seit Montag steiken über 30000 auch in Hessen, vor allem bei Opel in Rüsselsheim. Zusammen mit dem erkämpften Streikeintritt der Daimler-Arbeiter aus Sindelfingen befanden sich seitdem rund 58000 im Streik. Dagegen verwirklichten die Kapitalisten ihren massiven Aussperrungsbeschluß in Baden-Württemberg, überziehen sie weiterhin das ganze Land mit „kalter" Aussperrung. In zahlreichen Städten der Bundesrepublik fanden dagegen und zur Solidarität mit den Streikenden Warnstreiks und Kundgebungen des DGB statt. Eine große Rolle bei diesen Aktionen spielte auch die Solidarität mit den Streikposten der IG Drupa, die sich weiterhin einer massiven Welle von Anschlägen auf Leben und Gesundheit gegenübersehen. Währenddessen steht die Streikfront und unter vielen Debatten entwickelt sich die Forderung nach Urabstimmung und Streik auch in anderen Tarifbezirken. (Siehe dazu auch Seite 3 und 4)



Bei der Kundgebung von Opel/Rüsselsheim

Luise Rinser kandidierte zum Amt des Bundespräsidenten

Wer dieses Volk vielleicht hätte repräsentieren können

Die Grünen hatten mit der Schriftstellerin Luise Rinser eine Gegenkandidatin zur Präsidentenwahl dieser Woche aufgestellt. Ein Schritt, der von vielen als „aussichtslos" belächelt wurde. Die SPD behairte auf ihrem „Ja" zu Weizsäcker. Um so mehr ist es kein Akt der Lächerlichkeit, sondern eine richtige und nötige Demonstration, eine solche Gegenkandidatin, wie es Luise Rinser als bekannte Antifaschistin ist, aufzustellen. Aus der Begründung der Grünen für diesen Akt, zu der noch einiges zu sagen wäre, was aber in diesem Zusammenhang nebensächlich ist, zitieren wir folgende unserer Meinung nach zentrale Passage:

„Es wäre ja möglich, daß zu den Grundvoraussetzungen eines Präsidenten dieser Republik gehörte, Republikaner, Mann es Volkes, leidenschaftlicher Demokrat zu sein und dieses durch ausgewiesene Lebenspraxis bestätigt zu haben. Es wäre ja möglich, es hätte zu den Aufgaben eines Präsidenten gehört, nicht nur Gespräche mit der Jugend zu suchen, sondern da anwesend zu sein, wo diese Jugend aufbegehrt, wo sie verbrennt, wo sie auf Fasson gestutzt wird. Es wäre ja möglich gewesen, daß in dieser Republik mit ihrer politischen Vorgeschichte in dem Teil unseres Volkes, der die Schrecken des Nationalsozialismus noch nicht vergessen hat, nach Kandidaten gesucht worden wäre, die wenigstens in Ansätzen auf der Seite der Gegner oder der Opfer des 3. Reiches gestanden hätten. Es gab sie ja doch, gibt sie immer noch ... Es wäre ja möglich gewesen, daß zum Kriterium für politische



Führungsaufgaben in diesem Land so etwas wie Zivilcourage, aufrechter Gang und Verletzlichkeit gegenüber sozialem Unrecht gehörte."

Stahl-Tarifrunde

Verhandlungen nicht für gescheitert erklärt!

Am Montag, dem 21. Mai, fand die vorerst letzte Verhandlung in der Stahl-Tarifrunde statt. Am Ende wurde bekanntgegeben, die Verhandlungen seien unterbrochen, vertagt ohne einen neuen Termin. Die von vielen erwartete Erklärung der Großen Tarifkommission der IGM für Stahl, daß die Verhandlungen gescheitert seien, kam nicht.

Warum, liegt auf der Hand: Die Erklärung des Scheiterns ist faktisch identisch mit der Einleitung der Urabstimmung. Eine Urabstimmung bei Stahl aber wäre ein wesentlicher Schritt, die Streikfront der IGM auszuweiten, allein schon deshalb, weil die großen Stahlbetriebe vor allem an der Ruhr eben ein großer politischer Faktor in der ganzen Region sind.

Die Weigerung der Tarifkommission, diese Verhandlungen für gescheitert zu erklären, stellt eine eindeutige Schwächung der Kampffront für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich dar. Diese Weigerung stellt in dieser Form keine große Überraschung dar. Denn sie ist nichts anderes als die Fortsetzung der Politik zahlreicher rechter Sozialdemokraten gerade in der Stahlindustrie, diesen Kampf zu boykottieren. „Jetzt, wo wir wieder auf dem Weg nach oben sind, können wir keinen Streik gebrauchen", mit solchen und ähnlichen Aussagen waren Stahlbetriebsräte an der Ruhr bereits während der vorbereitenden IGM-Kampagne mit Veranstaltungen in Stadtteilen usw. unangenehm aufgefallen. Heute, wo in Kaltwalzwerken die kalte Aussperrung droht, ist eine solche Haltung noch unverantwortlicher als zu Beginn der Kampagne.

Dagegen war es auf der anderen Seite so, daß bei der Dortmunder DGB-Kundgebung in der letzten Woche ein Transparent von Hoesch-Union mit der Forderung „Urabstimmung — Streik" auf viel Zuspruch stieß und ähnliche Forderungen von Stahlarbeitern gab es auch auf anderen solchen Kundgebungen.

SPD-Parteitag in Essen

Die bessere Regierungspartei?

Schmidts Abgang

Helmut Schmidt, acht Jahre lang Kanzler der BRD und klarster Repräsentant von SPD-Regierungspolitik, nutzte seinen letzten Auftritt als stellvertretender Parteivorsitzender zur Bekräftigung seiner alten politischen Position. Für die SPD, so Schmidt, müsse es in erster Linie darum gehen, möglichst schnell wieder in die Regierung zu kommen. Die Profilierung als die bessere Regierungspartei im Vergleich zur CDU war seine Grundforderung, wobei er deutlich machte, daß dies nur mit einer „Linie der Vernunft", mit dem Zielen auf die Wählerschaft der CDU ging.

Bei dieser Debatte um die aktuelle Parteipolitik gab es zwischen ihm und Brandt nur graduelle Unterschiede. Brandt, Vogel und Stratege Glotz waren im Grundsatz mit Schmidt einig. Nur: dessen Beurteilung über die relative Nähe einer Chance, an die Regierung zu kommen, teilten sie nicht. Dementsprechend waren auch ihre Ausführungen moderater. Der Grundtenor ihrer Ausführungen aber war derselbe. Von Grünen und CDU Wähler zurückgewinnen, war die einigende Losung. Einig war man sich dabei auch in der Frage, daß man dafür keinesfalls eine neue, geschweige denn eine insgesamt „linkere" Politik brauchen könne. Damit wurden den verschiedenen Überlegungen, die es am Rande der SPD und ihrem Einflußbereich gegeben hatte, wie man eine solche linkere Politik der SPD durchsetzen könnte, klar Grenzen aufgezeigt.

Dieses „Festklopfen" der Linie war so prägend für den gesamten Parteitag, daß — außer in dem taktisch ungeschickt angesetzten Debattenpunkt „Neue Medien" bei dem sich Peter Glotz weit aus dem Fenster hängte — kaum größere Auseinandersetzungen stattfanden.

Eindeutiges Ja zur NATO

Das zeigte sich bereits beim ersten großen Debattenpunkt Rüstungspolitik. Wer aus welchen Gründen auch immer darüber spekuliert haben mag, die SPD könne auf grundsätzliche Distanz zur NATO gehen, sah sich getäuscht. Ohne größeren Widerstand wurde die Politik, die der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion seit einiger Zeit betreiben, gebilligt. Ausrichtung auf sogenannte Rüstungskontrolle und Stärkung der westeuropäischen, sprich bundesdeutschen, Rolle in der NATO in Verbindung mit gesteigerter konventioneller Aufrüstung, so wurde es festgeschrieben. Ohne daß sich jemand aus der Führungsetage dagegen gewandt hätte — Eppler vertrat die Antragskommission. Der einzige Streit in diesem Bereich ging um die Frage, wie hoch diese konventionelle Aufrüstung denn sein sollte. Eine Auseinandersetzung mit der eigenen Politik in der Vergangenheit, vom Mitautor des NATO-Doppelbeschlusses über die beiden Parteitage in München und Köln wurde erneut „vergessen".

Die Hoffnung der SPD-Führung, mit einer Politik die sich in den beiden Parolen „Gegen noch mehr Raketen" und „Für mehr Panzer" etwas polemisch verkürzt zusammenfassen läßt, die Führung in der Friedensbewegung endgültig erringen zu

Im Vorfeld des Essener Parteitags der SPD war eigentlich für diejenigen, die sich eine fortschrittlichere Politik dieser Partei erwartet hatten, die Sache schon gelaufen. Die Parteiführung bemühte sich in der gesamten Vorbereitung (und im Verlauf) des Parteitages, klarzumachen, was Willy Brandt einst mit seiner Äußerung von der Mehrheit „links von der CDU" alles nicht gemeint hatte. So wurde es ein Parteitag der von Schmidt und Brandt, Vogel und Glotz im Bunde mit Eppler und Rau beherrscht wurde.

können, erhält durch die problemlose Zustimmung des Parteitags neue Nahrung.

Verschiedene Diskussionsansätze über „atomwaffenfreie Zonen" usw., die bei Bahr anklangen, werden in diesem Zusammenhang wertlos. Dies schon ohne die gewaltige Begrenztheit, die sie haben, näher zu betrachten.

Modernisierung der Wirtschaft

Die Debatte über die künftige Wirtschaftspolitik wurde zwar über die weitere Kommissionsarbeit faktisch um zwei Jahre verschoben, aber deutlich wurde trotzdem, daß es auch hier keine wesentlichen Veränderungen geben wird.



Die Forderungen der IG Drupa, wie sie hier auf ihrer Journalistenzeitung vertreten werden, gegen die „neuen Medien" wurden auf dem Essener Parteitag kurzerhand beiseite geschicht.

Der dazu vorgelegte Leitantrag zeigt dies in aller Deutlichkeit. Dort wird — nahezu wortgleich mit der CDU und dem BDI — die „umfassende Modernisierung der bundesdeutschen Wirtschaft" gefordert.

Die Politik der umfassenden Durchrationalisierung der Produktion wird in diesem Leitantrag nur dadurch von der CDU abgegrenzt, daß betont wird, der Staat habe die „soziale Verträglichkeit" dieser Kampagne zu gewährleisten. Was nun wahrlich nichts Neues ist. Daß die umfassende „Modernisierung" des westdeutschen Kapitalismus seit Jahren läuft, das dürfte auch die SPD wissen. Daß sie jahrelang genau die Politik gemacht hat, eine sogenannte soziale Verträglichkeit dabei anzustreben, dürfte auch nicht vergessen sein. Daß dies ebenso gerade einer der zentralen Gründe dafür war, weshalb die Kapitalisten diese SPD nichtmehr an der Regierung haben wollten, ist eine Tatsache.

Ergebnis dieser SPD-Politik, die nun fortgesetzt werden soll, war — unter anderem —, daß zwar Millionen Menschen arbeitslos wurden, daß aber das Großkapital, die Kapitalisten insgesamt, damit noch keineswegs zufrieden waren. Ihre ständigen Angriffe selbst auf Sozialpläne zeigen dies in aller Klarheit.

Entsprechend dieser Grenzziehung in der Parteipolitik wurde dann auch der vor wenigen Monaten auf dem AfA-Kongreß gefaßte Entschluß, einen Antrag auf Verstaatlichung der Stahlindustrie vorzulegen, kurzerhand im Vorfeld gekappt. Daß irgendein AfA-Parteitagsdelegierter daraufhin gesagt habe, das sei die Fortsetzung der FDP-Politik mit anderen Mitteln, wurde als Gerücht zurückgewiesen...

Glotz siegt

Die künftige Stellung der SPD zu den „Neuen Medien" war — aufgrund der putschartigen Neuerung durch Peter Glotz (der deswegen auch ein paar Stimmen weniger erhielt als andere bei der Vorstandswahl) — der einzige, bei dem es echt zu Debatten kam.

Wie weit zu gehen die SPD-Führung bereit ist, um ihre „Politik der Mitte" durchzusetzen, zeigte sich daran, wie bedenkenlos von Seiten des Parteitags selbst solche Einwände wie sie die IG Druck und Papier gegen diese Veränderungen der SPD-Politik erhoben hatte, beiseite gewischt wurden.

Massive Unterstützung fand Glotz für seine Haltung insbesondere bei Rau und Dohnanyi, in deren Bundesländern das „Kabelgeschäft" voll auf Touren kommt.

Eine Gegenposition beizubehalten, so lautete die Argumentation, mit der sich Glotz durchsetzte, hieße einfach hinter der bereits stattgefundenen Entwicklung herzuhinken. Das mag mit Sicherheit insofern nicht falsch sein, als es bisher nicht gelang, eine Abwehrfront gegen entsprechende Pläne aufzubauen. Woran aber die SPD-Politik keinen geringen Anteil der Verwantwortung trägt: durch kräftiges Mitmauscheln im Parteiproporz und durch zahlreiche Zensurmaßnahmen im bisherigen Rundfunk und Fernsehsystem (um nur eines von vielen möglichen Beispielen zu nennen). Und was außerdem noch lange kein Grund ist, die Haltung nun so zu ändern, wie es geschah.

Der einzige Punkt, an dem es eine wesentliche Veränderung der SPD-Politik gab, war also dieser, und diese Veränderung geschah eindeutig in Richtung auf die Interessen der Kapitalisten, gegen die Einwände der Gewerkschaft, mit der sie doch angeblich mehr denn je den Schulterschluß betreiben will.

Schlechte Chancen?

Schlechte Aussichten hat die SPD mit so einer Politik wieder zu einer Alternative für die herrschende Klasse zu werden, da nützt alle Anbiederung nichts. Für konventionelle Aufrüstung ist die CDU auch, die soziale Verträglichkeit — was immer so auch in der Praxis bedeuten möge — ist eindeutig unerwünscht, und bei den Medien ist der CDU-Zug schon abgefahren. Da gibt es höchstens längerfristig (oder bei politischen Krisen) solche Chancen, insofern hatten Schmidts „Kritiker" aus dem Vorstandslager recht.

Die andere Frage ist die, welche Chance die SPD hat, damit sie, wie es Willy Brandt formulierte, wieder zum „Zentralisationspunkt" jeglicher Opposition werde. Politisch hat dieser Parteitag erneut überdeutlich gemacht, daß all jene aus dem links-reformistischen Lager, die sich nur im Schlepptau der SPD eine positive Entwicklung verprechen, nach wie vor auf dem grundfalschen Dampfer sind.

Daß die SPD andererseits große, auch organisatorische Anstrengungen machen wird, möglichst alle oppositionellen Bestrebungen an sich heranzuziehen, das wurde sehr deutlich. Das reichte von Brandts ständiger Forderung, die Politik der SPD müsse „mitreißend" gestaltet werden, über die Debatte um die Wiedereinführung (bundesweit) von SPD-Betriebsgruppen bis hin zu den entsprechend gestalteten Vorstandsneuwahlen. Der mehrfach beschworene „Schulterschluß mit den Gewerkschaften" dürfte dabei eine ganz entscheidende Rolle spielen. Wobei sich für die SPD-Führung das Problem stellen wird, wie weit sie ihn tatsächlich, nicht nur über ihre Funktionäre in der Gewerkschaftsbewegung, sondern auch inhaltlich vollziehen kann, ohne sich in sichtbare Widersprüche zu verwickeln.

Dabei sind ihre Möglichkeiten sicher dann erstmal größer, wenn es sich darum handelt, daß die „Wenderegierung" bestimmte Reformen kappt, als heute beim Kampf um die 35 Stunden bei vollem Lohn.

„Hardliner Rodenstock"

BDI-Präsident Rolf Rodenstock hat sich schon in der Vergangenheit immer wieder als ein Vertreter der harten Linie profiliert, der den Kurs der Kapitalisten, jenseits aller öffentlichen Kritik durchzieht. So auch jetzt. Eine Amnestie in der Parteispendenaffäre sei nach wie vor eigentlich richtig und notwendig.

Diese Spenden, so Rodenstock, seien weder aus egoistischen Motiven noch aus dunklen Gründen gegeben worden. Außerdem seien den Spendern Bescheinigungen gegeben worden, die die steuerrechtliche Unbedenklichkeit des Vorgehens erklärt hätten.

Wenn in diesem Zusammenhang noch etwas zu beweisen war, so tun es diese Auslassungen des BDI-Chefs, die er im ZDF machte. Drei Dinge werden daraus deutlich.

Erstens wird dadurch unterstrichen, daß es tatsächlich die Kapitalisten waren, die diese sogenannte Amnestie gefordert haben, auf deren Geheiß CDU und FDP das Tänzchen wagen mußten.

Zweitens wird dadurch deutlich, wie wenig sich diese feinen Herren mit dem vielen Geld um so etwas kümmern, was da öffentliche Meinung heißt. Schließlich benutzt er ja keine anderen Argumente als jene Kosmetikbehauptungen, mit denen schon die CDU an der Wahrheit gescheitert war.

Drittens kann man ahnen, daß durch diese fortgesetzte Kampagne des BDI, der ja unmittelbar nach dem Rückzug der Regierung bereits dasselbe verlautbart hatte wie jetzt Rodenstock, signalisiert werden soll, daß dieses Thema für die großen Kapitalisten dieses Landes keineswegs „vom Tisch" ist, daß sie vielmehr einen neuen Anlauf wagen wollen.

„BRD: Zwangsarbeit"

Der vielbeschworene Satz, die BRD sei angeblich das „demokratischste Land Westeuropas", der auch im Vergleich zu anderen kapitalistischen Staaten noch nie gestimmt hat, wird — zumindest international — immer mehr lädiert.

War von verschiedenen internationalen Gremien, vorübergehend auch vom UNO-Flüchtlingskommissar, die generelle Asylpolitik der BRD schon als „gegen die Menschenrechte gerichtet" verurteilt worden, so kamen jetzt auch noch die Experten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), ebenfalls eine UNO-Unterorganisation, bei einer Untersuchung zu einem solchen Schluß.

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Hamburg vom 24. Mai 82, das die Heranziehung von Asylbewerbern zu gesellschaftlich nützlichen Arbeiten erlaubt, stehe im krassen Widerspruch zum § 29 der ILO-Konvention. Dieser § 29 der Konvention verbietet die Anwendung von Zwangsarbeit in den Mitgliedsländern. Genau dies aber sei durch das Hamburger Urteil geschehen, schlußfolgerten die ILO-Beauftragten: Zwangsarbeit in der BRD. In ihrem Bericht sprechen die Beauftragten die Erwartung aus, die Bundesregierung werde bald mitteilen, was sie zu tun gedenke, um diese Praxis zu beenden, wieder der Konvention zu entsprechen.

(Wobei in diesem Zusammenhang auch noch die entsprechende Behandlung von Empfängern von Sozialhilfe da ist — aber die ist kein Thema für internationale Kommissionen.)

„DDR-Zusammenleben"

Eine neue „Verordnung zur Bekämpfung von Gesetzeswidrigkeiten" soll in der DDR am 1. Juli 84 in Kraft treten. Dabei werden im wesentlichen die Bestimmungen aus dem entsprechenden Gesetz von 1968 übernommen. Ordnungswidrigkeiten sind demnach weiterhin alle „schuldhaft begangenen Rechtsverletzungen, die eine Disziplinlosigkeit zum Ausdruck bringen und die staatliche Leitungstätigkeit erschweren und die Entwicklung des sozialistischen Gemeinschaftslebens stören, jedoch die Interessen der sozialistischen Gesellschaft oder einzelner Bürger nicht erheblich verletzen und deshalb keine Straftaten sind." Solche Gummiparagraphenbestimmungen werden jetzt um einen Artikel erweitert, der auf Ordnungswidrigkeiten zielt, die gegen das „sozialistische Zusammenleben" gerichtet sind, zielt. Demnach kann künftig eine Ordnungsstrafe erhalten, wer Symbole verwendet, die gesellschaftlichen Interessen zuwiderlaufen. Oder auch wer Handlungen begeht, die dem Bedürfnis der Bürger nach Sicherheit zuwiderlaufen. Also: „Schwerter zu Pflugscharen" oder Fahrraddemos, die bisher am Rande der Legalität unterdrückt wurden, können jetzt ganz offiziell bestraft werden. Um ein „sozialistisches" Zusammenleben handelt es sich dabei bestimmt nicht. Auch nicht hauptsächlich um eine Reverenz an Spießbürgerlichkeiten, die in der DDR so modern ist. Eher schon um eine weitere bürokratische Unterdrückungsmaßnahme der herrschenden Klasse gegen politische Freiheiten.

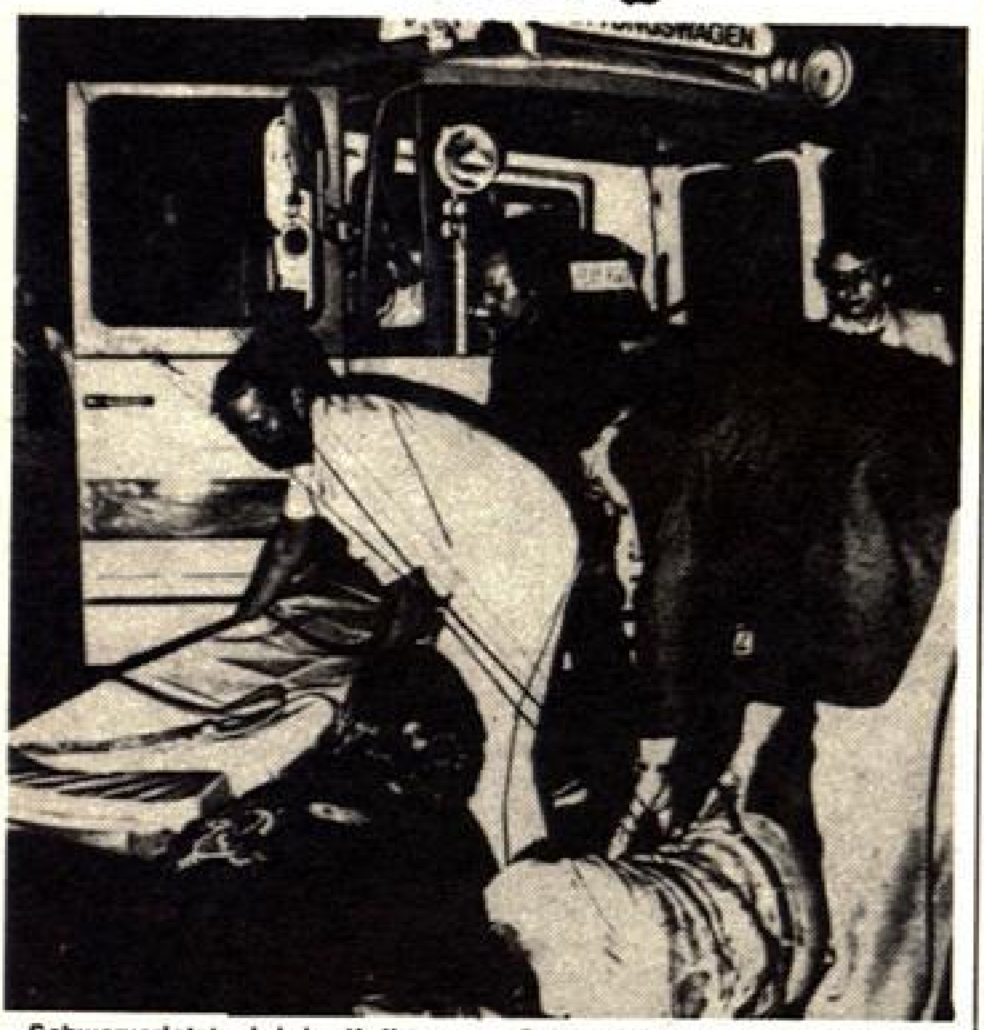
Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Kollege Horst Bekel, Bezirkssekretär der IG Druck & Papier Stuttgart schwerverletzt im Krankenhaus

„Das war versuchter Totschlag"



Schwerverletzt wird der Kollege vom Rettungswagen abtransportiert.

Freitagabend 22.15 Uhr: Streikposten kontrollieren die ankommenden Fahrzeuge, ob sie Leiharbeiter für Streikbrucharbeiten der Südwestdeutschen Rollenoffset transportieren. Ein Wagen schert aus und versucht, an den Streikposten vorbei durch das Ausfahrtstor auf das Betriebsgelände zu gelangen. Streikposten stoppen ihn und weisen ihn an, zurückzusetzen und die Kontrolle an der Einfahrt zum Gelände zu passieren. Da gibt der Fahrer Gas. Der Wagen erfaßt den Kollegen Horst Bekel. Horst Bekel, Bezirkssekretär der IG Druck & Papier wird überrollt. Der Amokfahrer setzt noch einmal zurück. Kollege Bekel wird ein zweites Mal überrollt. Kollege Bekel liegt schwer verletzt mit Brüchen, Prellungen und Quetschungen im Krankenhaus. Wie durch ein Wunder scheint er keine lebensgefährlichen inneren Verletzungen davongetragen zu haben.

Am Samstagnachmittag fand eine Protestkundgebung vor den Stuttgarter Druckzentrum statt. Die Gewerkschaft hat beschlossen, den Streik auf alle Betriebe des Stuttgarter Druck-Zentrums auszuweiten.

So war 's bei Opel / Rüsselsheim

Am Montag, dem 21., um 3.00 Uhr morgens nahmen die ersten Streikposten vor den Opel-Portalen in Rüsselsheim Stellung. Alle Portale wurden dichtgemacht. Trotz des strömenden Regens stand die Streikfront bei Opel. Am Portal 20 wurde gegen 6.00 Uhr eine Kundgebung abgehalten, an der sich mehrere hundert Kollegen beteiligten. Ein „Bild"-Zeitungsverkäufer mußte an diesem Morgen unverrichteter Dinge wieder abziehen. Die Streikposten hinderten ihn daran, das Hetzblatt zu verkaufen. Um 8.00 Uhr fand eine Kundgebung am Hauptportal statt, an der ca. 8000 Kollegen teilnahmen. Als Redner für den Hauptvorstand sprach Hans Mayr.

Hauptsächlich Angestellte versuchten trotz Streik ins Werk zu gelangen. Den Unverbesserlichen wurde mit sanfter Gewalt klargemacht, daß ein Betreten des Werks für sie nicht möglich ist.

1. Mai in Salzgitter

Blüm eingeladen und Demonstration abgesetzt

Die Leser des Roten Morgen werden sich wahrscheinlich noch erinnern, daß Norbert Blüm, dem es im letzten Jahr nicht gelungen war, in Bonn als Mai-Redner aufzutreten, in diesem Jahr in der Arbeiterstadt Salzgitter sprechen konnte. Wie es dazu kam, schildert der folgende Bericht.

Eingeladen hatte Norbert Blüm der Vorsitzende des DGB-Kreisvorstandes, Erwin Thielen. Mitglieder des Kreisvorstandes protestierten zunächst, beugten sich dann aber dem Willen ihres Vorsitzenden. Daraufhin verlangte die VK-Leitung von VW von der IGM-Vertreterversammlung, die Einberufung einer außerordentlichen DGB-Kreisdelegiertenkonferenz zu fordern. Die Vertreterversammlung stimmte dem mit 237 zu 253 Stimmen zu. Auf dieser außerordentlichen Kreisdelegiertenkonferenz des DGB schlossen sich dann 28 gegen 11 Delegierte dem Antrag, Blüm wieder auszuladen an, im wesentlichen Metaller. Diese Entscheidung ist deshalb besonders interessant, weil die Ortsverwaltung der IGM, die sich zunächst der Meinung der Vertreterversammlung angeschlossen hatte, noch vor der Delegiertenkonferenz einen Rückzieher machte und versuchte, die Sache dadurch zu entschärfen, daß sie die zusätzliche Einladung von „Ben Wisch" von der SPD verlangte.

Der DGB-Vorstand reagierte auf die eindeutige Mehrheitsentscheidung der Delegiertenkonferenz mit der Erklärung, daß er nicht daran denke, Blüm wieder auszuladen. Rückendeckung erhielt er vom Hauptvorstand der IGM.

Daraufhin riefen Betriebsräte und Vertrauensleute aus den großen Metallbetrieben in einem Flugblatt auf, sich am 1. Mai selbst gegen den 35-Stunden-Gegner Blüm zur Wehr zu setzen: mit einer Demonstration (der DGB-Vorstand hatte in diesem Jahr die 1.-Mai-Demonstration abgesetzt!) und einer eigenen Kundgebung vor dem Gewerkschaftshaus, wo die Betriebsratsvorsitzenden der drei großen Metallbetriebe sprechen sollten.

Zu dieser Demonstration kamen dann auch 3000 Kollegen. Sie gingen anschließend zu der offiziellen „Blüm"-Kundgebung, bei der ca. 1000 Menschen waren, und protestierten da mit einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert gegen die diesjährigen Angriffe auf ihren 1. Mai.

Urteil im Arbeitsgerichtsverfahren gegen Michael Zimball

Arbeitsgericht auf der Seite der Unternehmer

Am 15.5.84 verkündete die Arbeitsrichterin Dorothea Stadtler das Urteil im Arbeitsgerichtsverfahren gegen den Betriebsrat von Peine Salzgitter, Michael Zimball. Sie erklärte die fristlose Kündigung, der der Betriebsrat widersprochen hatte, für rechtens. Begründung: wenn man alle Mosaiksteine zusammensetze, ergebe sich, daß Michael Zimball am 20.1.84 mit einer geplanten Aktion den Produktionsablauf an einem Mischer des Peiner Stahlwerks blockiert habe. Tatsächlich habe aber niemand außer der Betriebsleitung das Recht, einen Produktionsablauf zu behindern.

In Wahrheit hatte Michael Zimball an diesem Tag nicht in den Produktionsablauf eingegriffen, sondern vielmehr die Kollegen dieser Abteilung über eine Demonstration informiert, die am gleichen Tag stattfand. Die „Mosaiksteine", aus denen sich das Arbeitsgericht sein anderes Bild zusammensetzte, bestanden aus Zeugenaussagen von Werksleitern.

Gegen das Urteil können sowohl der Betriebsrat als auch der Kollege Michael Zimball noch juristisch vorgehen. Entscheidend wird aber sein, die Solidarität mit Michael Zimball noch stärker zum Ausdruck zu bringen als bisher schon geschehen.

Lenkt der Kampf gegen die Regierung vom Kampf gegen die Unternehmer ab?

Der von der Bonner Regierung herbeigeführte Beschluß der Bundesanstalt für Arbeit, an die „kalt" ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen kein Kurzarbeitergeld zu zahlen, macht besonders deutlich, wie sehr diese Regierung als Kampftruppe des organisierten Unternehmertums handelt.

Kampftruppe — das ist hier ganz wörtlich und praktisch zu verstehen im Sinne von Arbeitskampftruppe. Mitten im Streikkampf wird durch diese Bonn-Nürnberger-Entscheidung die Streikfähigkeit der IG Metall, aber im Grundsatz natürlich die aller DGB-Gewerkschaften, erheblich berührt. Diese Entscheidung macht es der IG Metall und den Gewerkschaften im allgemeinen auf Dauer unmöglich, im Arbeitskampf allen betroffenen Mitgliedern eine finanzielle Mindestabsicherung zu gewährleisten.

Natürlich ist es richtig, daß dieser Angriff auf das Streikrecht zunächst einmal direkt von den Unternehmern ausgeht: sie legen die Produktion still, verweigern die Lohnzahlung. Von daher ist es notwendig und richtig, daß die von der „kalten" Aussperrung betroffenen Belegschaften von den jeweiligen Kapitalisten die Fortzahlung der Löhne und Gehälter fordern und dafür — etwa durch Besetzung der Betriebe — kämpfen.

Realistisch muß die beschränkte Durchsetzungsmöglichkeit dieser Forderung auf betrieblicher Ebene gesehen werden: dadurch, daß die jeweiligen Unternehmer die „kalte" Aussperrung verhängen, demonstrieren sie ja, daß sie entschlossen sind, den mit Produktionsausfall verbundenen wirtschaftlichen Verlust hinzunehmen, um die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich niederzuschlagen. Wirtschaftlicher Druck wird sie also kaum bewegen können, Zugeständnisse in der Frage der Lohnfortzahlung zu machen.

Trotzdem ist es notwendig, betriebliche Kampfaktionen gegen die „kalten" Aussperrungen durchzuführen, um die Aktionsfähigkeit der Belegschaften zu erhalten und die demoralisierende Spaltung in Arbeitende und „Stillgelegte" zu vermeiden, und weil jede Steigerung der betrieblichen Kampfaktivität sich ja auch nicht nur als Druck auf den jeweiligen Unternehmer, sondern als Verstärkung des Drucks auf die Kapitalisten und Unternehmerverbände insgesamt auswirkt.

Daß die Unternehmer direkt verantwortlich dafür sind, daß die „kalt" ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen ohne Geld dastehen, daß die Unternehmer in dieser Frage nicht aus der Schußlinie genommen werden dürfen, ist eine Sache. Daß die Regierung sich zum Vollstrecker der Unternehmerstrategie macht, indem sie dafür sorgt, daß die betroffenen Belegschaften kein Kurzarbeitergeld erhalten, ist eine andere.

Es ergibt überhaupt keinen Sinn, wenn teilweise so argumentiert wird, die Stoßrichtung gegen die Regierung, wie sie in der Protestkundgebung am 28. Mai in Bonn zum Ausdruck kommt, sei ein Ablenken von der eigentlichen Front des Kampfes gegen die Unternehmer. Wenn die Regierung einen solchen Angriff auf die Positionen der Gewerkschaften startet, dann ist die Forderung nach Rücknahme dieser Entscheidung und der Kampf dafür doch wohl die selbstverständlichste Sache der Welt.

Kurios ist es, wenn ausgerechnet Marxisten mit dem Ablenkungsargument gegen die Stoßrichtung gegen die Regierung auftreten. Ablenken wovon? Vom Kampf gegen die Unternehmer? Das ist die Regierung der Unternehmer. Diese Regierung ist an besonders kurzer Leine der Unternehmer. Der Kampf gegen diese Regierung ist ein Kampf gegen die Macht des Kapitals, wenn auch nur sehr beschränkt auf eine Frage. Je mehr der Klassenwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie sich zuspitzt, je mehr der Klassenkampf sich verschärft, desto unmöglicher wird es, die Sphäre des wirtschaftlichen Kampfes gegen die Unternehmer von der Sphäre des politischen Kampfes gegen die Regierung der Klasse der Unternehmer zu trennen, desto stärker tritt auch in Kämpfen um unmittelbare wirtschaftliche Interessen der Arbeiter die Frage der politischen Macht als strategische Grundfrage des Klassenkampfes hervor.

In Westdeutschland stehen wir wirklich noch in der Anfangsphase einer solchen Verschärfung des Klassenkampfes.

Aber schon in der bisherigen Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist die politische Dimension dieses Kampfes für eine an sich natürlich ökonomische Forderung offensichtlich. Vordergründig erscheint das als Resultat eines ungeschickten, weil allzu offenkundig einseitigen, Verhaltens der Regierung. Auf dieser Linie liegt dann auch die Kritik, die SPD und Gewerkschaftsführungen an der Regierung wegen ihrer „Einseitigkeit" äußern. In Wirklichkeit geht es nicht hauptsächlich um geschicktes oder ungeschicktes Verhalten der Regierung. Es geht darum, daß die Kapitalistenorganisation die Wende in Bonn gerade darum so hartnäckig und massiv betrieben haben, weil sie eine Regierung wollten und brauchen, die eine Politik der Konfrontation mit den Gewerkschaften und der Schwächung der Gewerkschaften betreiben kann. Eben diesen Auftrag der Kapitalisten setzt die Bundesregierung jetzt in die reaktionäre Tat um.

Daraus folgt, daß der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich nur dann siegreich sein kann, wenn er nicht nur wirtschaftlichen Druck auf die Unternehmer, sondern vor allem den notwendigen politischen Druck auf die Bourgeoisie einschließlich ihrer Regierung ausübt. Der Kampf gegen die Regierung in der Frage des Kurzarbeitergeldes ist ein richtiger Anknüpfungspunkt, um in der Bewegung für die 35-Stunden-Woche eben dieses Element zu stärken.

Darin, daß vom Kampf gegen die Unternehmer auf den Kampf gegen die Regierung abgelenkt wird, liegt in Wirklichkeit nicht die Gefahr. Die wirkliche Gefahr liegt darin, daß vom Streikkampf gegen die Koalition von Kapital und Kabinett für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich abgelenkt wird, daß nur noch von der Abwehr dieses „Rechtsbruchs aus Bonn" die Rede ist. Das „Metall-Extra" mit dem Aufruf nach Bonn behandelt die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich praktisch mit keinem Wort. Abgesehen davon, daß das Sonnenemblem klein auf dem Plakat auftaucht, wird die 35-Stunden-Woche nur noch in einer Zitierung des baden-württembergischen DGB-Landesvorsitzenden Pommerenke erwähnt.

Tatsächlich wird die Kurzarbeitergeld-Entscheidung in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Diskussion nun ausgenützt, um die Forderung nach Urabstimmung in den anderen Tarifbezirken und Ausweitung des Streiks abzublocken und zu diffamieren. Etwa so: Der Beschluß der Bundesanstalt für Arbeit zeigt, daß die Unternehmer und die Regierung die Gewerkschaften finanziell ausbluten wollen. Die Forderung nach Ausweitung des Streiks, wobei die Gewerkschaft ja entsprechend mehr Streikgeld zahlen müßte, paßt also in dieses Kalkül der Kapitalisten und ihrer Regierung.

Diese Argumentation ist nicht nur falsch, sie ist geradezu dummdreist. Demnach wäre die beste Antwort auf die Strategie der Unternehmer, die Gewerkschaften finanziell auszubluten, die sofortige Beendigung des Streiks. Die Kasse der IG Metall wäre gerettet. Der Kampf für die 35-Stunden-Woche allerdings verloren.

Die Forderung nach weiteren Urabstimmungen in den anderen Bezirken und nach Ausdehnung des Streiks steht zunächst einmal völlig unabhängig von der Entscheidung der Bundesanstalt in der Kurzarbeitergeldfrage. Die bisher eingeleiteten Streikmaßnahmen können nicht den notwendigen wirtschaftlichen und politischen Druck entfalten, der zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich notwendig ist. Deshalb muß das Bestreben der IGM-Führung, den Streik auf möglichst kleiner Flamme zu halten, unbedingt durchbrochen werden. In den Betrieben muß jetzt Dampf gemacht werden, damit der Hauptvorstand der IG Metall zu einem wirklichen Durchsetzungsstreik gezwungen wird.

Die bisherige Taktik der IGM-Führung hat den Unternehmern äußerst große Möglichkeiten eröffnet, durch heiße und vor allem „kalte" Aussperrungen die Initiative an sich zu reißen. Das wirkt sich demobilisierend und verunsichernd auf alle Kolleginnen und Kollegen aus. Es kann doch keine Rede von einem Durchsetzungskampf sein, wenn in zwei Tarifbezirken Schwerpunktstreiks durchgeführt werden, in den anderen Bezirken aber die Unternehmer die Betriebe nach ihrem Ermessen stillegen, während die Gewerkschaft die Fortführung der Produktion fordert. Diese absurde Spaltung muß überwunden werden. Deshalb ist es richtig, auch in „kalt" und „heiß" ausgesperrten Betrieben die Einbeziehung in den Streikkampf zu fordern.

Sicher kostet das der Gewerkschaft Geld. Gegen die Strategie der Unternehmer, die Gewerkschaften finanziell auszubluten, können sich die Gewerkschaften nur auf die gesteigerte Kampf- und Opferbereitschaft ihrer Mitglieder stützen. So weit ist es vorerst nicht. Die Streikkasse der IG Metall ist randvoll.

Ich bin der lebende Beweis für die Notwendigkeit der 35-Stunden-Woche ...

B. arbeitet seit 13 Jahren bei Still. Sie gehört ebenso wie R., die mit an diesem Gespräch teilnahm, zu der Minderheit von Frauen, die in diesem Gabelstapler herstellenden Betrieb in der Produktion arbeitet.

Etwas mehr als ein Fünftel der ca. 1700 Arbeiter und Angestellten bei Still sind Frauen, knapp die Hälfte davon (93 Frauen) arbeitet in der Produktion, konzentriert auf drei Bereiche: Verkabelung, Motorenbau, Plattenbestückung (Lötarbeiten). Alle arbeiten im Akkord — bis auf zwei Frauen, die es zu der „gehobenen" Position als Vorarbeiterin bzw. Bereitstellerin gebracht haben. Fast alle sind angelernt — ein Grund mehr für den Unternehmer, sie in die niedrigsten Lohngruppen einzustufen. Lohngruppe 3 und 4 im Motorenbau, Lohngruppe 5 bei den Löterinnen, nur die Frauen in der Verkabelung können bis Lohngruppe 6 aufrücken. Nur ein Teil von ihnen ist das, was von der Regierung und den Unternehmern als Rechtfertigung für die Entlassung vorrangig von Frauen vorgebracht wird, nämlich „Doppelverdienerin". Viele sind alleinstehend mit Kindern. Die Notwendigkeit des *vollen* Lohnausgleichs steht für sie überhaupt nicht zur Diskussion.

Wie B. sind knapp 50 Prozent der in der Produktion arbeitenden Frauen Ausländerinnen: aus der Türkei, Griechenland, Jugoslawien, Portugal.

RM: Warum seid ihr für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich?

B.: Es gibt 'ne Menge Gründe. Einer der wichtigsten für mit hat aber mit der zunehmenden Arbeitsbelastung, dem Streß, der Intensivierung, aber auch den allgemeinen Arbeitsbedingungen zu tun. Ich habe jahrelang an den Automaten gearbeitet. Der ständige Krach hat dazu geführt, daß ich eine Lärmschädigung bekam. Ich bin nervlich kaputtgegangen. Dann wurde ich versetzt. Wieder in einen der „Frauen"-Bereiche, wo große Geschicklichkeit und Konzentration gefragt sind, die Arbeit aber immer eintöniger und stressiger wird. Auch wenn sie in der Abteilung, wo ich jetzt bin, noch nicht das MTM-System eingeführt haben, könnt' ich manchmal heulen, wenn ich von der Arbeit nach Hause komme, so kaputt bin ich. Du kannst es ruhig so schreiben: Ich bin der lebende Beweis für die Notwendigkeit der 35-Stunden-Woche.

RM: Was bedeutet MTM?

R.: Das haben sie vor einiger Zeit in einigen Abteilungen eingeführt. Auf Deutsch bedeutet es „Verfahren vorbestimmter Zeiten" (Methods of Time Measurement). Der Arbeitsprozeß ist noch weiter zerlegt, also rationeller — fürs Unternehmen, versteht sich — geplant worden. Ausgegangen wird von acht Grundbewegungen der Finger und der Hand sowie von den Blickfunktionen. Und entsprechend wurden uns die Zeiten für bestimmte Bearbeitungsprozesse vorgegeben. Am Anfang — ich arbeite seit 6 Jahren bei Still — fand ich die Arbeit interessant, weil ich verschiedene Sachen machte. Doch in den letzten Jahren wurde meine Arbeit durch die Rationalisierungen immer eintöniger und belastender. Das Kaputt-Sein wird immer schlimmer.



B.: Wenn ich sieben Stunden gearbeitet habe, dann bin ich schon so kaputt, daß ich kaum die letzte Stunde mehr schaffe. Ich merk' am Freitag, was es bedeuten würde, wenn wir die 35 Stunden-Woche hätten, also täglich nur sieben Stunden arbeiten müßten. Wir haben Gleitzeit, d.h. wir können täglich etwas vorarbeiten, so daß wir am Freitag früher rauskommen. Alle fühlen sich anders, wenn sie am Freitag früher rauskommen. Man sieht es den Kollegen/innen richtig an.

RM: Würdet ihr sagen, daß die Frauen bei euch eher für die 35-Stunden-Woche sind als die Männer?

R.: Bei den Frauen, die Kinder haben, auf jeden Fall. Man wäre einfach nicht so kaputt und ausgelaugt, wenn man nach Hause käme und hätte mehr Zeit für die Kinder und den Haushalt.

RM: Versprecht ihr euch und auch eure Kolleginnen mehr Unterstützung von euren Männern bei der Hausarbeit und mit den Kindern, wenn sie auch nur 35 Stunden arbeiten würden? Beide lachen.

R.: Mein Mann hilft auch jetzt schon mit, aber ich hab' die Erfahrung gemacht, daß etliche Gewerkschaftskollegen erklären: „Im Prinzip kann mit der 35-Stunden-Woche die Hausarbeit besser verteilt werden, aber nicht bei mir zu Hause."

B.: Automatisch wird es für uns Frauen keine Entlastung im Haushalt und bei der Kindererziehung geben, wenn wir die 35-Stunden-Woche haben, dazu muß sich noch eine Menge ändern — auch bei uns Frauen.

Wir merken es besonders bei den älteren Kolleginnen, aber auch bei etlichen jüngeren, daß die viel zurückhaltender sind, den Mund nicht aufmachen, sich nicht wehren. Obwohl ein ähnlich hoher Prozentsatz der Frauen gewerkschaftlich organisiert ist (wie bei den Männern ca. 60 Prozent), sind nur wenige Frauen gewerkschaftlich aktiv, einfach aufgrund ihrer Erziehung und den ganzen familiären Verpflichtungen, die auf ihnen lasten.

R.: Hinzukommt, daß es gar nicht so einfach ist, zu lernen, sich zu wehren. Bei uns läuft es so, daß die Meister und Vorarbeiter gezielt versuchen, die Kolleginnen fertig zu machen, die ihnen unbequem sind. Durch ständiges Versetzen u.ä.

B.: Ich glaub' aber, daß es für uns Frauen eher möglich sein wird, gewerkschaftlich oder sonst wie aktiv zu werden, wenn wir die 35-Stunden-Woche haben.

R.: Stimmt. Zur Zeit haben viele Frauen noch wenig Interesse für Politik. Die 35-Stunden-Woche könnte die Möglichkeit bieten, daß Frauen mehr Zeit haben, sich mit politischen Fragen auseinanderzusetzen.

RM: Ich weiß, daß bei euch die Gefahr einer „kalten" Aussperrung besteht. Wie ist die Stimmung jetzt bei euch, nachdem die Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit bekannt wurde, daß **kein** Kurzarbeitergeld bezahlt wird?

B.: Viele haben Angst, sind unsicher. Bei etlichen hab' ich das Gefühl, daß die Kampfbereitschaft zurückgeht. Die Stimmung bei uns war gut. Viele waren bereit zu kämpfen. Zu der Enttäuschung darüber, daß der IGM-Vorstand die Bereitschaft der Kollegen, aktiv für die 35-Stunden-Woche einzutreten, nicht genutzt hat, kommt jetzt die Angst und Unsicherheit darüber, was passieren wird, wenn ausgesperrt wird. Viele haben Schulden, also Kredite abzuzahlen usw. Es sind bisher nur die bewußten Kollegen/innen, die begriffen haben, daß die Gewerkschaften kaputtgemacht werden sollen, daß das Streikrecht untergraben wird mit dieser Entscheidung. Ich weiß zwar noch nicht genau **wie** wir gegen diese Entscheidung vorgehen können, **was** wir machen können. Eins weiß ich aber sicher. Wenn wir jetzt den Kampf einstellen, sieht unsere Zukunft absolut schlecht aus. Die werden dann mit uns machen, was sie wollen.

R.: B. hat recht. Auch wenn wir vorerst auf finanzielle Unterstützung verzichten müßten — denn wer weiß, wie lange es dauert, daß die Entscheidung zurückgenommen wird, wenn überhaupt, bei der Regierung, die wir jetzt haben — bleibt uns doch nichts anderes übrig als uns zu wehren. Die haben bei Still doch schon jetzt geplant, unsere Löhne in den nächsten Jahren zu kürzen, indem sie die Gruppenakkorde neu festlegen wollen, durch MTM und andere Maßnahmen. Das werden sie viel leichter durchsetzen können, wenn wir jetzt wegen der ganzen Drohungen und Maßnahmen, wegen des ganzen Drucks aufhören, uns zu wehren. Trotz der Entscheidung des Arbeitsamtes müssen wir **jetzt** was tun. Bundesweit müßten jetzt erst recht Solidaritätsstreiks und Warnstreiks durchgeführt werden.

B.: Aber auch die Urabstimmung muß jetzt her. Wir haben das bei Still schon seit Wochen gefordert — sonst geht die Kampfbereitschaft weiter zurück, besonders jetzt.

***

Wir haben beinahe drei Stunden lang diskutiert — über die Gewerkschaft, allgemeine Frauenfragen, Ausländerfeindlichkeit und anderes. Das in Interview-Form gebrachte Gespräch gibt den „roten Faden" dieser Diskussion wieder. Es wurde R. und B. vor Abdruck noch einmal vorgelegt. Die Stellungnahmen und Einschätzungen der beiden Kolleginnen sind — noch? — nicht typisch und repräsentativ, weder für die Frauen noch für die Männer bei Still, aber sie machen Mut, weil sie das zum Ausdruck bringen, was für die Durchsetzung jeder berechtigten Forderung gilt: Nur wer kämpft, kann etwas gewinnen. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

(Das Gespräch führte Jutta.)

Streik ist Notwehr — Aussperrung ist Terror!

„Kalte Aussperrung" bei Daimler Benz in Harburg — unsere Antwort: Sofort Urabstimmung im Tarifbezirk Hamburg, Einbeziehung der Daimler-Benz-Belegschaft in den Streik!

Bereits am Mittwoch letzter Woche solltet ihr, die Belegschaft von Daimler Benz/Harburg, wegen des Streiks der 13000 Metaller in Nordwürttemberg/Nordbaden „kalt" ausgesperrt werden. Ihr habe eine Betriebsversammlung durchgesetzt und nachgewiesen, daß genug Material und Arbeit vorhanden ist.

Inzwischen hat ein Teil von euch Breife von der Geschäftsleitung bekommen mit der „Bitte", zu Hause zu bleiben. Auch heute versucht die Geschäftsleitung, euch „kalt" auszusperren. Mittlerweile hat aber die Bundesanstalt für Arbeit am Freitag, den 18.5. beschlossen, im Fall der „kalten" Aussperrung kein Kurzarbeitergeld zu zahlen. Bundesregierung und Arbeitgeber haben in der Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit die Gewerkschaften überstimmt, und bestimmt über die von uns eingezahlten Gelder der Arbeitslosenversicherung. Mit diesem Beschluß greifen die Bosse nicht nur nach unseren Spargroschen — die IG Metall soll in die Knie gezwungen werden. Keine Minute der 40-Stunden-Woche wollen sie preisgeben.

In dieser Lage gilt es, „Mut, Entschlossenheit und Kampfkraft zu zeigen" („metall" extra, 17.5.84).

Für uns heißt das: so schnell wie möglich Urabstimmung im Tarifbezirk Hamburg! Wir Metallerinnen und Metaller aus Hamburger Betrieben meinen: Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil! Gegen die „kalte" Aussperrung bei Still, Kolbenschmidt und anderen Hamburger Betrieben hilft nur eins: so schnell wie möglich Urabstimmung zu Streik zumindest in diesen, von der Aussperrung bedrohten Betrieben.

Machen wir es den Sindelfinger Daimler-Benz-Arbeitern nach: Wann und wenn wir aus dem Betrieb gehen, bestimmen **wir**. Wir lassen uns nicht auf ungewisse Zeit von unserem Arbeitsplatz trennen und zum Sozialamt jagen. Ihr habt unsere volle Unterstützung, wenn ihr jeden Tag eure Arbeitskraft im Betrieb schriftlich anbietet, im Betrieb bleibt und dort entscheidet, was weiter geschehen soll.

Weil wir die 5-Tage-Woche,
den 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich,
die Begrenzung der Mehrarbeit,
die Erhöhung der Löhne und Gehälter wollen,
deshalb unterstützen wir euch, die Belegschaft von Daimler Benz/Harburg in eurer Forderung nach Urabstimmung **Jetzt!**

Streik für die volle Durchsetzung unserer Forderung: 35 Stunden sind genug!

Urabstimmung jetzt!

Hamburg, 20.5.1984

Jan Rübke (VKL Still), **Detlev Hartmann** (VKL Ortmann + Herbst), **Dieter Bonk** (VKL Ortmann + Herbst), **Holger Geißelbrecht** (VK HDW), **Uwe Zabel** (VK AEG), **Elke Kaufner** (VK Ortmann + Herbst), **Nils Burkhard** (JV HEW), **Nils Lönicker** (HEW), **Klaus Störmann** (IGM KJA), **Jule Christiansen** (Vertreter der IGM f. d. Arbeitslosen), **Wolfgang Bock** (Vertreter der IGM f. d. Arbeitslosen), **Rudolf Reidinger** (Vertr. d. IGM f. d. Arbeitslosen), **Jörg Schwarz** (Grönert), **Christian Matthießen** (VK HDW), **Birgit Martius** (JV HDW), **Michael Böse** (VK HEW), **Matthias Löchl** (JV Blohm & Voss), **Günther Buhl** (VKL Norderwerft), **Dirk Salomon** (VK SEL), **Karin Maurer** (VK SEL), **Uwe Schwerin** (VK Triton Belco), **Klaus Brüder** (VKL C.H.F. Müller, Vertrieb)

„Kalte" Aussperrung bei Daimler/Bremen

„Es herrscht Unklarheit"

Auch Daimler Benz in Bremen ist von „kalter" Aussperrung betroffen. Vor der Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit war den Kollegen mehr oder weniger klar, daß kein Kurzarbeitergeld gezahlt wird. Durch die betrieblichen Gewerkschaftsvertreter und durch die Ortsverwaltung Bremen wurde trotzdem immer noch auf eine positive Entscheidung für Kurzarbeitergeld orientiert. Es wurde deshalb vor der bevorstehenden Stillegung nichts an Gegenmaßnahmen durch die Gewerkschaft organisiert. Dadurch wird der eigentliche Übeltäter, nämlich der Unternehmer, verschont. Die Gefahr, daß sich die Stimmung der Kollegen gegen die Gewerkschaft wendet, ist groß. Hier wird auch der Hetze der bürgerlichen Presse Vorschub geleistet. Außerordentliche Betriebsversammlungen, die von einer kritischen Kollegengruppe gefordert wurden, hat der Betriebsrat bisher nicht aufgegriffen. Sie wären dringend nötig gewesen, um die Belegschaft zu informieren, das Vorgehen der Werksleitung zu verurteilen und eventuell Produktionsstillegungen hinauszuzögern. Denn solche Belegschaftsversammlungen kann man ja über mehrere Tage ausdehnen.

Jeder kann sich die Stimmung in der Belegschaft vorstellen, wenn nicht konkret informiert wird und Ungewißheit darüber besteht, wann wieder Lohn oder sonstige Unterstützung gezahlt wird. Die Kollegen müssen sich vom Unternehmer wie „dumme Jungens" nach Hause schicken lassen, und es ist nicht absehbar, wie lange die „kalte" Aussperrung durchgeführt wird. Am 18.5.84 wurden ca. 5000 Kollegen „kalt" ausgesperrt. Betroffen war die PKW-Produktion (190er und Kombi).

Einen Tag vorher fand dann die Unzufriedenheit der Belegschaft doch noch ihren Ausdruck. Die Kollegen suchten in größeren Gruppen wechselweise die Sprechstunden des Betriebsrates auf, um sich zu „informieren". Dadurch konnte die Produktion in Halle 3 nicht mehr aufrecht erhalten werden, die Bänder mußten für ca. 1 bis 2 Stunden abgestellt werden.

Die Kollegen wollten wissen, wer ihre Löhne zahlt oder woher sie Unterstützung erhalten. Das Schreiben, das die Werksleitung für diejenigen Kollegen vorbereitet hatte, die als erste ausgesperrt werden sollten, wurde rechtlich angezweifelt. Dieser „Zettel" enthielt weder eine direkte namentliche Anrede der betroffenen Kollegen, noch ein Datum des ersten Tages, an dem sie der Arbeit fernbleiben sollen. Der Tag wurde den Kollegen mündlich durch den Vorgesetzten mitgeteilt.

Es herrschte Unklarheit darüber, ob die Kollegen dem Unternehmer am ersten Aussperrungstag ihre Arbeitskraft anbieten sollen oder nicht. Hier hätte man von Seiten der Gewerkschaft eine kollektive Aktion organisieren können. Forderungen nach Urabstimmung wurden laut. Von einigen Vertrauensleuten wurden Unterschriften gesammelt.

An die
Bezirksleitung der IG Metall
Hamburg
Kurt-Schumacher-Allee 10
2000 Hamburg 1

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie ihr wißt, ist über die Hälfte des Bremer Daimler-Benz-Werkes stillgelegt. Die Kollegen hier sind also auch von „kalter" Aussperrung betroffen. Wir haben uns gefragt, was wir dieser „kalten" Aussperrung entgegensetzen können. Ihr sollt erfahren, wie die Stimmung bei den Kollegen an der Basis ist. Die momentane Situation läßt unserer Meinung nach nur noch einen Ausweg offen, nämlich auch für unser Tarifgebiet die Urabstimmung einzuleiten. Es wurden in einem begrenzten Bereich, nämlich Halle 1/Montage und Posterei Unterschriften gesammelt. Innerhalb kurzer Zeit und einen Tag vor der Stillegung eines großen Teils des Werkes, haben 118 Kollegen für Urabstimmung unterschrieben. Wir sind der Meinung, daß diese Sammlung repräsentativ ist.

Im Bereich Montage 1 wird noch bis nächste Woche Freitag gearbeitet, die Kollegen sind also noch nicht einmal unmittelbar betroffen. Jetzt muß die IG Metall die Initiative ergreifen, um größeren Schaden von unserer Organisation abzuwenden. Natürlich ist die Ablehnung der Bundesanstalt für Arbeit zu verurteilen und Proteste zu organisieren. Die IG Metall muß aber auch die Möglichkeit haben, mit Gegenmaßnahmen zu reagieren. Dafür ist die Urabstimmung Voraussetzung.

Bremen, den 19.5.84

Mit freundlichen Grüßen
gez. Peter Mioch Hans Helmut Krug
Vertrauensleute der IGM bei Daimler-Benz in Bremen

Anlage
6 Unterschriftenlisten

Solidaritätsveranstaltung mit H. Gaßmann

500 Gewerkschafter solidarisierten sich am Donnerstag, dem 17. Mai, in der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik mit dem Kollegen Hermann Gaßmann gegen die geplante Entlassung durch den IGM-Vorstand. Es wurde deutlich gemacht: Der Kampf gegen Hermanns Entlassung ist ein notwendiger Bestandteil des Kampfes um die 35-Stunden-Woche. Um in dieser Auseinandersetzung bestehen zu können, braucht die IGM die Kraft und Solidarität in den eigenen Reihen gegen die Kapitalisten, die Klassenjustiz und die „Bild"-Hetze. Als Beweis, daß sie als aktive Gewerkschafter den Kampf für die 35-Stunden-Woche in Hamburg voll unterstützen und organisieren, wurde eine Unterschriftensammlung, die eine umgehende Urabstimmung in Hamburg fordert, durchgeführt.

Hermann Gaßmann hat inzwischen dem Hauptvorstand der IGM mitgeteilt, daß er auf seiner Forderung, als Jugend- und Bildungssekretär bei der Verwaltungsstelle Hamburg weiterbeschäftigt zu werden, besteht.

Zur Rechtssprechung des Bundesarbeitsgerichts in Sachen Aussperrung

Mit kalten und heißen Aussperrungen versuchen die Unternehmer dem Streikkampf der Metaller und Drucker die Wirkung zu nehmen. Da ist es wichtig zu wissen, wie die bürgerliche Rechtslage in die Aussperrung betreffenden Fragen ist. Folgende Darstellung der Rechtssprechung des Bundesarbeitsgerichts entnahmen wir der Broschüre der Volksfront „Wir fordern das Verbot der Aussperrung".

Das Arbeitskampfrecht legt die Beschränkungen der gewerkschaftlichen Handlungsfreiheit fest. Da die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland weder eine ausdrückliche Garantie des Streikrechts, noch irgendwelche Aussagen zur Rechtmäßigkeit der Aussperrung enthält und der Gesetzgeber bisher auf diesem Gebiet geschwiegen hat, ist das Arbeitskampfrecht eine Domäne des sogenannten Richterrechts. D. h. die Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts sind Grundlage weiterer Rechtsprechung.

Nach den Massenklagen der IG Druck und Papier und der IG Metall hat das Bundesarbeitsgericht in den Urteilen vom 10. Juni 80 und vom 22. Dezember 80 die richterliche Arbeitskampfordnung weiterentwickelt.

Wie war die bisherige Rechtsprechung? 1955 und 1971 faßte das BAG Beschlüsse, die ein fast vollständiges Arbeitskampfrecht enthalten. Bei der Begründung für die Zulässigkeit der Aussperrung führt das BAG in erster Linie den Begriff der „Waffengleichheit" ins Feld: „Die Anerkennung des Arbeitskampfes, das Prinzip der Neutralität und der Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 GG verbieten es dem Staat, das heißt, seiner Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung, die Kampfmittel der beiden Sozialpartner ungleichmäßig zu behandeln. Es gilt der Grundsatz der Waffengleichheit, der Kampfparität." (BAG 1955) 1971 befürchtet das BAG, daß ohne die Aussperrung das Zustandekommen von Tarifverträgen nicht mehr gewährleistet sei. Denn beide Seiten müßten die Möglichkeit haben, Druck und Gegendruck auszuüben.

Die Richter stören sich wenig daran, daß diese Gleichheit in der wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit überhaupt nicht existiert. Nur durch den Streik haben die Arbeiter letztlich die Möglichkeit, sich gegen die Festlegung unmenschlicher Arbeitsbedingungen und gegen Hungerlöhne zur Wehr zu setzen und Verbesserungen zu erkämpfen. Nach der Logik des BAG aber wäre eine Waffengleichheit auch gegeben, wenn beispielsweise Streik und Aussperrung gleichermaßen verboten wären.

Mag einem die Gleichsetzung zweier völlig ungleicher Sachen auch absurd vorkommen, für das BAG erfüllt sie ihren Zweck. So werden alle Argumente, die in bezug auf das Streikrecht plausibel klingen, gleichzeitig auf die Aussperrung mit angewendet. Zum Beispiel die „Kampffreiheit, genauer die Freiheit der Wahl der Kampfmittel". Sie wird 1955 „aus den Grundsätzen des freiheitlichen sozialen Rechtsstaates (Art. 18, 20, 21, 28 GG)" entwickelt. Insbesondere wird noch der Artikel 2 Absatz 1 des Grundgesetzes angeführt, der die freie Entfaltung der Persönlichkeit garantieren soll. Eine besondere Klippe bildet nun Artikel 9 des Grundgesetzes. Da weder Streik noch Aussperrung im Grundgesetz erwähnt werden, wird ihre Berechtigung aus der Vereinigungsfreiheit gefolgert. Für die Arbeiter ist das auch klar, da ihre Vereinigung nur den Zweck erfüllen kann, wenn sie Kampfmaßnahmen ergreifen kann. Wie aber bei den Unternehmern? Wenn z.B. ein einzelner Unternehmer aussperrt, ist das schlecht mit der Vereinigungsfreiheit zu erklären.

Aber das BAG nimmt auch diese Hürde mit Bravour. Es erklärt in seinem Beschluß von 1955: „Auch die Aussperrung ist Kollektivakt, nicht in erster Linie, weil eine Gruppe handelt, (...) sondern weil eine andere Gruppe als solche getroffen werden soll..." Das wird 1971 bestätigt. Da heißt es dann, der Artikel 9 gehe „gerade von der Koalitionsfreiheit des einzelnen aus. Das kollektive Element beim Arbeitskampf auf der Seite des einzelnen Arbeitgebers kommt gerade darin zum Ausdruck, daß bei ihm gebündelt die zahlreichen Arbeitsverhältnisse der bei ihm beschäftigten Arbeitnehmer zusammenlaufen."

Man sieht also, daß die menschliche Logik und die juristische nicht unbedingt übereinstimmen müssen. An einer anderen Stelle wird ausgeführt, die Unternehmer „müssen in der Lage sein, den Arbeitnehmern das volle Risiko des Arbeitskampfes dadurch vor Augen zu führen, daß sie die Arbeitsverhältnisse kampfweise lösen, ohne von vornherein die rechtliche Verpflichtung zu übernehmen, sie nach Beendigung des Kampfes unter allen Umständen wieder einzustellen." (1955)

Wer wohl nach Meinung des BAG das „volle Risiko des Arbeitskampfes" trägt, wenn nicht die Arbeiter? Wo ist denn der Unternehmer, der infolge eines Streiks seine Lebensführung stark einschränken mußte, vielleicht sogar auf Sozialhilfe angewiesen war? Wo der Unternehmer, der gemaßregelt wurde und seinen Arbeitsplatz verlor? Man kann so etwas nur als Zynismus bezeichnen. Da wird den Arbeitern zu allen Risiken und Härten, die sie bei einem Streik hinnehmen müssen, auch noch mit der kollektiven fristlosen Kündigung gedroht. Und begründet wird das mit so schönen Worten wie „Gleichheit", „Neutralität", „freiheitliche soziale Grundsätze".

Aber nicht nur auf einen bereits ausgerufenen Streik durften die Unternehmer mit der Aussperrung reagieren. Sie durften sie sogar anwenden, ohne daß überhaupt gestreikt wird. Wer sich erfolgreich in die Logik der Arbeitsrichter hineingedacht hat, weiß auch schon, warum: Schließlich dürfen auf der anderen Seite die Arbeiter ja ihrerseits mit einem Streik anfangen, noch bevor sie ausgesperrt sind... Also, „gleiches Recht für alle"!

Erlaubt wird den Unternehmern fast alles. Das BAG-Urteil von 1971 unterscheidet sich von dem von 1955 im wesentlichen dadurch, daß es Arbeitskämpfe unter das Gebot der „Verhältnismäßigkeit" stellt. Erklärten die Richter 1955 noch, daß praktisch jede Aussperrung notwendigerweise lösend sein müsse, weil sie sonst nicht die erwünschte Wirkung habe, so wird das 1971 relativiert. Demnach darf erst dann lösend ausgesperrt werden, wenn sich der Arbeitskampf zu „besonderer Intensität" entwickelt hat, wenn er besonders lang andauert oder wenn ein „rechtswidriger Streik" vorliegt. Als rechtswidrig gelten alle Streiks die bestehender Friedenspflicht und spontane Streiks sowie Streiks ohne die Einwilligung der Gewerkschaft (sogenannte wilde Streiks). Dann dürfen die Unternehmer alle Register ziehen. Das Bundesarbeitsgericht zumindest hindert sie nicht daran.

In seinen Entscheidungen vom Juni 1980 präzisiert das BAG seine Aussagen zur „Verhältnismäßigkeit" Es bekräftigt noch mal das Recht der Unternehmer auf Aussperrung. Der Grund für die Anerkennung der Aussperrung liege darin, daß Kampfformen denkbar seien, die die Gewichte übermäßig zugunsten der Gewerkschaften verschieben. Dies sei ihn eng be-



grenzten Teilstreiks anzunehmen, weil durch sie konkurrenzbedingte Gegensätze auf der Arbeitgeberseite verschärft, und die für die Verbandstarifverträge notwendige Solidarität nachhaltig gestört werden könnte. Man höre und staune! Das BAG macht sich Sorgen über fehlende Solidarität im Unternehmerlager. Damit es sich nicht soweit kommt, wird der Aussperrungsterror legalisiert. Damit die „Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt, gibt das BAG den Unternehmern auch gleich eine genaue Handlungsanleitung:

Zunächst sei davon auszugehen, daß das Tarifgebiet regelmäßig auch als angemessene Grenze des Kampfgebiets angesehen werden müsse. Die Begrenzung des Tarifgebiets ermögliche aber noch kein abgestuftes Kampfmittelsystem, wie es die Proportionalität im Rahmen des Übermaßverbotes gebiete. Daher schlägt das Gericht die folgende Zahlenrelation vor: „Wenn durch einen Streikbeschluß weniger als 1/4 der Arbeitnehmer des Tarifgebiets zur Arbeitsniederlegung aufgefordert werden, so handelt es sich um einen eng geführten Teilstreik, bei dem die beschriebenen Belastungen für die Solidarität der Arbeitgeber und damit eine Verschiebung des Kräftegleichgewichts anzunehmen ist. Hier muß die Arbeitgeberseite den Kampfrahmen erweitern können, wobei eine Ausdehnung von 25 Prozent der betroffenen Arbeitnehmer nicht unangemessen scheint. Eine weitergehende Reaktion wird regelmäßig nicht proportional sein. Werden mehr als 1/4 der Arbeitnehmer des Tarifgebiets zum Streik aufgerufen, ist das Bedürfnis der Arbeitgeber zu Erweiterung des Tarifrahmens entsprechend geringer. Insgesamt scheint nach dem Eindruck des Senats manches dafür zu sprechen, daß eine Störung der Kampfparität nicht mehr zu befürchten ist, wenn etwa die Hälfte der Arbeitnehmer eines Tarifgebiets entweder zum Streik aufgerufen werden oder von einem Aussperrungsbeschluß betroffen sind." (WSI Mitteilungen 7/82)

Konkret heißt das: Je weniger gestreikt wird, um so mehr kann ausgesperrt werden. Damit sind Vernichtungsaussperrungen auch künftig noch möglich. So können z.B. bei einem Tarifkonflikt in der Druckindustrie bei einer sehr geringen Anzahl von Streikenden ca. 35000 Beschäftigte unbefristet ausgesperrt werden. Bei der IG Metall geht es dabei um Größenordnungen, die für ein regionales Tarifgebiet bereits über 100000 liegen können. Die einzige quantitative Einschränkung, die das BAG vornimmt, besteht darin, daß die unbefristete Aussperrung aller Arbeitnehmer eines Tarifgebiets als Reaktion auf eng begrenzte Teilstreiks, im allgemeinen als unverhältnismäßig bezeichnet wird.

Was die selektive Aussperrung (Aussperrung nur eines bestimmten Teils der Belegschaft) anbetrifft, so erklärt das BAG, daß eine gezielte Aussperrung nur von Gewerkschaftsmitgliedern rechtswidrig ist. Gleichzeitig eröffnet es den Unternehmern aber die Möglichkeit, für den „unter Umständen eintretenden Fall einer Belastung des Betriebsklimas oder einer Gefährdung des Bestandes an Fachkräften durch Arbeitskämpfe" diese Fachkräfte von der Aussperrung zu verschonen. Damit erteilt das BAG Ratschläge für eine geschicktere Kampfführung der Unternehmer.

So ganz nebenbei wird vom BAG noch das Verbot der Aussperrung in der Hessischen Verfassung aufgehoben mit der lapidaren Begründung, daß für das Bundesland Hessen nichts anderes gelten könne als im übrigen Bundesgebiet, weil Landesrecht durch Bundesrecht verdrängt werde. Damit versucht das BAG gleichzeitig alle Vorstöße, auf Landesebene ein Verbot der Aussperrung zu erreichen, unmöglich zu machen.

Im Dezember 1980 befaßte sich das BAG mit der „kalten Aussperrung". Die Besonderheit der kalten Aussperrung besteht darin, daß sie offiziell gar nicht als Aussperrung läuft. Die Unternehmer legen bestimmte Betriebe oder Teile von Betrieben zeitweise still und schicken die dort Beschäftigten nach Hause. Sie begründen diese faktische Aussperrung damit, daß angeblich in Folge des Streiks Materialzulieferungen ausbleiben oder daß die zu produzierenden Erzeugnisse an bestreikte Betriebe zur Weiterverarbeitung geliefert werden müssen. Durch die kalte Aussperrung, die als technisch bedingte Stillegung gilt, haben die Unternehmer eine Möglichkeit, außerhalb des vom Arbeitskampf unmittelbar betroffenen Tarifgebiets bzw. auch in anderen Branchen die Kollegen auszusperren.

Die kalte Aussperrung kann die betroffenen Kollegen finanziell empfindlich treffen. Denn unter Umständen stehen sie alle, ob Gewerkschaftsmitglieder oder nicht, ohne jede Unterstützung da. Einerseits haben die Kollegen keinen Anspruch auf Streikgeld, andererseits ist es möglich, daß sie auch vom Arbeitsamt keine Unterstützung erhalten. Denn da gibt es den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes, der die Bundesanstalt für Arbeit zur „Wahrung der Neutralität" bei Arbeitskämpfen verpflichtet. Nach diesem Paragraphen ist die Bezahlung von Kurzarbeitergeld bei vorübergehender Stillegung im Zusammenhang mit Streiks eine Verletzung der Neutralitätspflicht. Vorausgesetzt, daß in dem betroffenen Gebiet parallele bzw. gleiche Tarifforderungen aufgestellt sind, gilt dies auch, wenn der Betrieb außerhalb des Tarifgebiets liegt, in dem gestreikt wird.

Das BAG erklärte in seiner Entscheidung vom Dezember 1980 die kalte Aussperrung für zulässig. Es führt aus: „Können diese Fernwirkungen eines Streiks das Kräfteverhältnis der kampfführenden Parteien beeinflussen, so tragen beide Seiten das Arbeitskampfrisiko." Das bedeutet für die betroffenen Arbeitnehmer, daß sie für die Dauer der Störung keine Beschäftigungs- und Vergütungsansprüche haben. Dabei ist es unerheblich, ob die Betriebsstörung auf einem rechtmäßigen Streik oder auf einer rechtmäßigen Aussperrung beruht."

Kurz gesagt, in jedem Fall haben die Arbeiter das „Arbeitskampfrisiko" zu tragen. Damit das Mittel der kalten Aussperrung auch ohne Schwierigkeiten angewandt werden kann, entzieht das BAG dem Betriebsrat das Mitbestimmungsrecht über die Verhängung dieser Maßnahme. Er kann allenfalls über die Modalitäten im Fall von Kurzarbeit mitbestimmen. Aber selbst dieses Recht entfällt dann, wenn Teile der vom Betriebsrat vertretenen Belegschaft selbst streiken, oder ausgesperrt werden. Mit dieser Entscheidung hat das BAG auch nichtbestreikten Unternehmern das Recht eingeräumt, willkürlich ganz oder teilweise die Belegschaften ohne Lohnzahlung von der Arbeit auszusperren. Damit wird die gewerkschaftliche Streikfähigkeit ganz wesentlich berührt.

Schlußfolgerungen

Die Rechtsprechung des BAG von 1955 bish heute zeigt deutlich, daß die Justiz nicht gewillt ist, dem Aussperrungsterror ein Ende zu bereiten. Im Gegenteil. Alle Formen der Aussperrung wurden im Kern legalisiert und den Unternehmern allenfalls Vorschläge gemacht, wie die Aussperrung anzuwenden sei. Damit wurde das Streikreicht massiv eingeschränkt. Aber nicht nur das. Das BAG hat das Streikrecht generell auf tarifrechtliche Fragen begrenzt. Politische Streiks, Streiks während der Friedenspflicht, von der Gewerkschaft nicht übernommene Streik wurden für illegal erklärt und den Streikenden neben dem gesicherten Arbeitsplatzverlust auch noch Schadenersatz aufgebürdet.

Selbst das Recht auf Warnstreiks steht inzwischen zur Verhandlung vor dem BAG. Mit Gutem darf nach den bisherigen Erfahrungen nicht gerechnet werden. Der von den Gewerkschaften beschrittene Weg vor den Arbeitsgerichten das Verbot der Aussperrung zu erreichen, ist gescheitert.

Die Forderungen nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung sind von daher von brennender Aktualität. Allerdings darf sich dieser Kampf nicht auf Appelle an den Gesetzgeber beschränken. Freiwillig werden sich die reaktionären Wendestrategen in Bonn nicht dazu bereit finden, die Aussperrung zu verbieten. Dazu bedarf es einer Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft und der demokratischen Öffentlichkeit.

Ansätze hierzu gab es 1978/79. Leider wurden diese nicht weiterverfolgt. Die zu erwartende neuerliche massive Aussperrung durch die Unternehmer im Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich muß Auftakt für einen erneuten Anlauf im Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung sein.

Denn: **Wer aussperrt, gehört eingesperrt!**

Bad Harzburg

Über tausend Demonstranten gegen die HIAG

Oberverwaltungsgericht Lüneburg bestätigt Verbot des HIAG-Treffens

Weit über tausend Demonstranten versammelten sich am Samstag in Bad Harzburg, um gegen das dort geplante Treffen der HIAG zu protestieren. Einen Aufruf zu dieser Aktion hatten zahlreiche Parteien und Organisationen unterstützt u.a. der DGB, SPD, Grüne, DKP, KPD, VVN, Volksfront. Die Volksfront verteilte bei der Demonstration ein Flugblatt, das wir auf dieser Seite im Wortlaut veröffentlichen.

Kurz vor der Protestaktion und dem geplanten Treffen der HIAG hatte das Oberverwaltungsgericht Lüneburg der Stadt Bad Harzburg recht gegeben, die das HIAG-Treffen verboten hatte und eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Braunschweig, nach der das Alt-Nazi-Treffen doch stattfinden sollte, aufgehoben.

So konnten sich die Alt-Nazis nicht, wie geplant, im örtlichen Kurhotel treffen, hielten sich aber, wie Genossen berichten, trotzdem in Bad Harzburg auf. Daß es diesmal — selten genug — ein behördliches Verbot eines SS-Treffens gab, ist, wie auch von den Rednern auf der Abschlußkundgebung der Demonstration betont wurde, maßgeblich auf den breiten Protest aus Gewerkschaften, Betrieben, Parteien und der Bevölkerung zurückzuführen (s. Dokumentation auf dieser Seite).

Auf der Abschlußkundgebung sprachen Vertreter des Koordinationsausschusses, der zu der Demonstration aufgerufen hatte, darunter auch ein Vertreter des DGB. Alle Redner griffen die Tatsache, daß bei uns ein legales Treffen von solchen Altnazis möglich ist, scharf an und verurteilten insbesondere, daß die HIAG im letzten Verfassungsschutzbericht nicht mehr als rechtsextreme Organisation auftaucht. Gegen diese wohlwollende Haltung der Regierung gegenüber der HIAG stellten die Kundgebungsteilnehmer ihre Forderung nach dem sofortigen Verbot dieser und aller anderen faschistischen Organisationen.



Demonstration gegen ein HIAG-Treffen in Arolsen 1979

Kein Treffen des SS-Traditionsverbandes/HIAG!

Verbot aller faschistischen Organisationen!

Unter dem Decknamen »Tagung der Wirtschaftsfachleute« hatte der der HIAG angehörende »Kameradschaftsverband des 1. Panzerkorps der ehemaligen Waffen-SS« den Aufmarsch von über 800 SS-Angehörigen samt Begleitpersonen vom 17.—20. Mai 1984 im Kurhaus in Bad Harzburg angekündigt. Beteiligt und aufgerufen sind die ehemaligen Angehörigen der SS-Division »Leibstandarte Adolf Hitler« und »Hitlerjugend«. Das zwischenzeitliche Verbot der Stadt Bad Harzburg nach dem »Gesetz für Sicherheit und Ordnung« ist vom Verwaltungsgericht Braunschweig am 30.4.84 aufgehoben worden. Die von der Stadt angestrebte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg steht noch aus. Da der Mietvertrag, den der Kameradschaftsverband mit dem Kurhauspächter abgeschlossen hatte, vom Kurhauspächter seit mehr als fünf Wochen einseitig gekündigt ist und dagegen bisher keine rechtlichen Schritte vorliegen, bleibt offen, ob die Faschisten tatsächlich direkt im Kurhaus tagen oder in irgendeiner anderen Räumlichkeit in der Region. So gut wie sicher ist jedoch, daß die ehemaligen Angehörigen dieser SS-»Elite«einheiten sich in Bad Harzburg einquartieren werden.

Bei der Waffen-SS-Einheit »Leibstandarte Adolf Hitler« handelte es sich um die erste kasernierte bewaffnete SS-Truppe nach 1933, woraus ihre besondere Schlächterfunktion zu ersehen ist. Der jetzige HIAG-Kameradschaftsverband (HIAG — Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit, heute offener »Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V.«) hatte seit 1979 seine Jahrestreffen in Bad Hersfeld durchgeführt und war dort durch von Jahr zu Jahr steigenden Widerstand, insbesondere auch seitens des DGB, vertrieben worden. Jetzt wollen die Faschisten in Bad Harzburg aufmarschieren — im gleich Kurhaus hatte sich 1931 die NSDAP, die Deutschnationalen und der Stahlhelm zu einer »Front der nationalen Kräfte« (Harzburger Front) zusammengeschlossen.

In seiner zwölfseitigen Begründung des Einspruchs gegen das Verbot hatte sich der Vorsitzende der SS-Truppenkameradschaft, Albert Stenwedel aus Hamburg, einer der HIAG-Führer, auf die Tatsache berufen, daß die HIAG weder verboten noch im Verfassungsschutzbericht 1983 des Ministeriums Zimmermann (CSU) erwähnt sei. Auch sei die HIAG der freiheitlich-demokratischen Grundordnung eng verbunden — und die Gefahr der gewaltsamen Auseinandersetzungen werde durch die Gegendemonstranten erst mitgebracht.

Uns zeigt die Tatsache, daß die SS-Traditionsverbände weder verboten noch im letzten Verfassungsschutzbericht erwähnt sind, folgendes: Die Politik der Bundesregierung moblilisiert und stützt die Faschisten und ihr Terrorpotential. Zimmermann fordert die in der HIAG und ihren Verbänden agierenden ehemaligen SS-Führer geradezu auf, die bundesweite Verbreitung faschistischer Propagandathesen zu verstärken (Zitat Albert Stenwedel: »Unser Kampf war gerecht.(...) Der Kampf der Verteidigung der Heimat wurde uns aufgezwungen.« und der frühere Adjudant Hitlers, SS-Obersturmbannführer Richard Schulze-Kossens, ebenfalls in dem HIAG-Organ »Der Freiwillige«: »Wir waren einst Bollwerk gegen einen Gegner, gegen den heute die NATO steht.«).

Die Nähe zu offiziellen Regierungskreisen ist nicht nur ideologischer Natur. So war Wissebach, bis 1980 CDU-Mitglied des Bundestages, der »Schriftleiter« der HIAG-Verbandszeitung »Der Freiwillige«. Wissebach ist im letzten Jahr gestorben. Der heutige Kriegsminister Wörner war 1975 Referent auf einer Veranstaltung der HIAG zum Thema: »Wie sicher ist die Bundeswehr?« Jetzt schlägt die CDU provokativ einen Angehörigen der SS-HIAG, CDU-Mitglied und Abgeordneter im Stadtrat von Hann.-Münden, als Beisitzer im Göttinger Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer vor. Der Vorgeschlagene ist Lehrer am Mündener Gymnasium und hatte 1978 an Schüler Fotokopien von Nazi-Broschüren verteilt. Die CDU-Landesregierung unter E. Albrecht hatte das damals erfolgte Disziplinarverfahren niedergeschlagen.

Die Volksfront unterstützt Aufruf und Aktionen des »Koordinationsausschusses«, in dem der DGB mitarbeitet. Der Kampf gegen die SS-Traditionsverbände und ihre faschistische Propaganda sowie ein Verbot der HIAG und aller faschistischen Organisationen wird der Bundesregierung und den sie fördernden Unternehmerverbänden die Durchsetzung ihres reaktionären Programms erschweren.

Stellungnahmen und Resolutionen gegen die HIAG und das geplante HIAG-Treffen in Bad Harzburg

Am 28.2.84 überreichte eine Delegation der VVN an Innenminister Zimmermann einen Brief des **Präsidiums der VVN**, in dem vor allem das Verbot des Treffens der SS-Totenkopf-Division in Oberaula gefordert wird. In einer anschließenden Pressekonferenz erklärten sie u.a.:

»Die deutschen Antifaschisten kämpften gegen die faschistische Barbarei und haben ein Recht auf ihr Verlangen, in Ansehung der Toten aus dem Widerstand, der Geschundenen und in Auschwitz Vergasten, der Millionen Opfer des faschistischen Krieges: Das SS-Treffen in Oberaula und die anderen SS-Treffen müssen untersagt werden. Die SS-Traditionsverbände müssen verboten werden.«

Aus einer Resolution der **Delegierten-Hauptversammlung der Verwaltungsstelle Wolfenbüttel der IG Chemie-Papier-Keramik** vom 10.3.84:

»Die Delegierten-Hauptversammlung begrüßt das ausgesprochene Verbot der Nazi-Veranstaltung durch den Verwaltungsausschuß der Stadt Bad Harzburg und erwartet, daß das Verbot von allen **demokratischen** Parteien und Organisationen in Bad Harzburg und Umgebung unterstützt und durchgesetzt wird. Die IG Chemie der Verwaltungsstelle Wolfenbüttel wird sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, das SS-Treffen zu verhindern.«

Stellungnahme des **DGB-Landesbezirksvorstandes Niedersachsen:**

»Dieses HIAG-Treffen ist eben nicht ein unbedeutendes Klassentreffen oder ein Wiedersehen alter Kameraden, sondern eine politische Demonstration ehemaliger Angehöriger sogenannter »Elite«-Einheiten des NS-Faschismus. Niemand sollte dafür Verständnis haben, daß sich SS-Traditionsverbände ungehemmt und ungezügelt zu den Verbrechen des Nationalsozialismus bekennen und die faschistischen Angriffskriege rechtfertigen.«

Diese Passage wurde auch in den **Aufruf des Koordinationsausschusses »Kein SS-Treffen in Bad Harzburg und anderswo«** vom 6.5.84 aufgenommen, worin weiterhin gefordert wird:

»Die Nichterwähnung der »HIAG«-Verbände im Verfassungsschutzbericht sehen wir als eine Ermunterung ihres Treibens an und fordern ein Verbot dieser und aller anderen faschistischen und neofaschistischen Organisationen.«

Die **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Kreisverband Goslar**, fordert vor dem Hintergrund der Ereignisse in Bad Hersfeld dazu auf »gegen dieses Vorhaben (in Bad Harzburg zu tagen) ebenfalls politischen Widerstand zu leisten.« Besonders den Lehrern dürfe es in der Verantwortung gegenüber den Jugendlichen nicht gleichgültig sein, »wie andere mit unserer Vergangenheit umgehen«. Die GEW fordert dazu auf, sich an der Protestdemonstration am 19.5. zu beteiligen.

Der **Landesverband der »Naturfreunde«** erklärt seine Empörung über das Urteil des Verwaltungsgerichts Braunschweig, das die Unfähigkeit deutlich mache, »die deutsche Geschichte aufzuarbeiten und politische Zusammenhänge zu erkennen.« Sie fordern die Verwaltungsrichter auf, ihre Mandate zurückzugeben.

Die **Vertrauensleute der IG Chemie in der Metallgesellschaft Langelsheim** verurteilen auch den Bescheid des Verwaltungsgerichts. Die geschichtliche Entwicklung vor Augen haltend, fordern sie das gesetzliche Verbot der HIAG. »Das Treffen der SS-Ehemaligen muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden.«

Zu teuer!

4,7 Milliarden Mark hat der Haushaltsausschuß des Bundestages als deutschen Beitrag zur Finanzierung des Infrastrukturprogramms der NATO für die Jahre 1985 bis 1990 bereits bewilligt. Das ist so viel Geld, daß man damit die letzten Kürzungen bei den Behinderten, bei den Arbeitslosen und beim Mutterschaftsurlaub wieder rückgängig machen könnte. Wenn man wollte.

Aber damit ist nicht zu rechnen. Eher ist das Gegenteil zu befürchten — daß nämlich noch mehr gekürzt wird, damit Bonn noch mehr für die NATO ausgeben kann. Denn bei der letzten Tagung der NATO in Brüssel forderte US-Verteidigungsminister Weinberger insgesamt 28 Milliarden und von Bonn 7,3 Milliarden Mark für das geplante Infrastrukturprogramm, das vor allem der Untermauerung der neuen konventionellen Waffensysteme dienen und die Voraussetzung für eine schnellere Verstärkung der US-Streitkräfte in Europa im Kriegsfalle verbessern soll.

Wörner sträubte sich in Brüssel. Aber ob Bonn auch nach den vereinbarten 90 Tagen Bedenkzeit bei seinem Nein zu den amerikanischen Forderungen bleibt, steht auf einem ganz anderen Blatt. Denn meistens hat die US-Regierung das, was sie von Bonn wollte, im Endeffekt doch bekommen. Dafür, daß das auch diesmal der Fall ein wird, spricht, daß bei dem geplanten Infrastrukturprogramm auch für deutsche Firmen Geschäfte zu machen sind ...

GSG-9 und deutsche Schäferhunde

„Made in Western Germany" sind in verschiedenen Ländern der Welt nicht nur Fabriken und Waren aller Art, sondern auch Polizisten, polizeiliches Gerät und Polizeimethoden. Neuerdings auch in der VR China. Der Besuch, den Innenminister Zimmermann jetzt der VR China abstattete, diente dazu, diese polizeistaatliche Zusammenarbeit weiter auszubauen.

Besonders beliebt in China — die GSG-9. Bereits vor einem Jahr hatte ein stellvertretender chinesischer Sicherheitsminister die Truppe, die durch das Blutbad von Mogadischu berühmt wurde, besichtigt und inzwischen ist — zur großen Genugtuung von Zimmermann — klar, daß auch China in Kürze 150 Mann als chinesische GSG-9 besitzen wird. Damit auch auf anderen Gebieten deutsche Polizeierfahrung China zugute kommen kann, hat Zimmermann chinesische Polizisten zur technischen Ausbildung beim BKA eingeladen. Ein Service, den Bonn übrigens gegenüber Dutzenden von Staaten betreibt — finanziert aus unseren Steuergeldern natürlich.

Nicht weniger beliebt als die GSG-9 sind in China übrigens deutsche Polizeihunde. 60 tun bereits „Dienst", 120 weitere sollen folgen. Allein bei diesem Geschäft springt für Bonn 1 Million heraus. Um erheblich größere Summen soll es bei den Geschäften gehen, über die Zimmermann jetzt gesprochen hat: Polizeimotorräder, Hubschrauber und polizeiliche Elektronik aller Art.

Womit bewiesen wäre, daß auch der Ausbau des Polizeistaates durch Zimmermann & Co. im Grunde genommen nur ein Ziel hat, den Aufschwung zu fördern und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Termine

Initiative Kein Frieden mit der NATO — Raus aus der NATO

Die Initiative Kein Frieden mit der NATO — Raus aus der NATO trifft sich erneut am 3.6.84, 12.00 Uhr im Café „Olefanten", Subbelrather Str. 257 in Köln-Ehrenfeld. Auf der Tagesordnung: 1. Auswertung der Diskussionen im BUF und auf der Kölner Aktionskonferenz, 2. weitere Arbeit der Initiative, 3. Diskussion über eine politische Plattform, 4. Beteiligung an den Herbstaktivitäten zur Manöverbehinderung.

Genossen, die in der Friedensbewegung aktiv sind, sollten möglichst teilnehmen und — wichtig! — auch bei anderen für die Unterstützung dieser Initiative werben.

2. Ruhrgebietsberatung antifaschistischer Arbeit

Am 31.5.84 findet die 2. Ruhrgebietsberatung zur Arbeit gegen Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit statt. Auf der Tagesordnung: 1. Neonazistische Aktivitäten (NPD im Europa-Wahlkampf; Aktivitäten der Skin Heads), 2. Was kann man gegen die Neonazis machen? (Informationsaustausch, antifaschistische Forderungen, Aktionen; Beratung über einen Aufrufentwurf.)

Am ersten Treffen nahmen über 100 Antifaschisten aus NRW teil. Die Beratung ist also durchaus repräsentativ für die antifaschistische Bewegung in dieser Region. Eine gute Sache im Hinblick auf die Einheit der antifaschistischen Kräfte also, die wir aktiv unterstützen müssen.

Also: am 31.5.84, 10.00 Uhr, Falken-HOT, Schulstr., Bochum-Wattenscheid.

Arbeitstreffen

zum Kampf für das kommunale Wahlrecht für Ausländer

Am Sonntag, 27. Mai, führt die Volksfront NRW in Dortmund ein Arbeitstreffen durch, auf dem über das weitere Vorgehen im Kampf um die Forderung „Kommunales Wahlrecht für Ausländer" in NRW gesprochen werden soll. Es kommen Erfahrungen aus verschiedenen Städten zur Sprache. Es wird über den Stand der Unterschriftensammlungen berichtet, über die Vorhaben des Verbandes der Initiativen in der Ausländerarbeit (VIA), dessen Sammelaktion die Volksfront unterstützt, berichtet usw. Es gilt die Aktivitäten bis zur Kommunalwahl im September noch zu verbessern und zu verstärken.

Dieses Arbeitstreffen ist offen, jeder Interessierte kann daran teilnehmen — und sei auch auf diesem Wege ausdrücklich und herzlich eingeladen. Also: Kommt am **27. Mai** um **12 Uhr** in die Gaststätte **Goymark-Schänke** in der **Niederhofener Straße 68** in **Dortmund-Hörde!**

SPD / NRW: Asylpolitik nach dem Geschmack Zimmermanns

Abdullah Tosun muß in Dortmund bleiben!

Die für Ausländerpolitik zuständigen Behörden des Landes NRW und der Stadt Dortmund wollen einen Asylbewerber abschieben, der bereits zweimal versucht hat, sich das Leben zu nehmen, weil er lieber tot sein will als der türkischen Junta in die Hände zu fallen. Sein Name: Abdullah Tosun.

Der RM — in der deutschen und in der türkischen Ausgabe — hat bereits früher über den „Fall Tosun" berichtet. Abdullah hat viele Freunde in unserer Partei in Dortmund. Auch, wenn bisher noch nicht endgültig klar ist, wie der Kampf um die Sicherung seines Aufenthaltes in Dortmund geführt wird — juristische und politische Gesichtspunkte werden schnellstmöglichst geklärt; auf jeden Fall wird versucht, in der Stadt eine möglichst breite Bewegung der Solidarität in Gang zu bringen —, betrachten wir es als Ehrensache für die Genossen unserer Partei, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für Abdullah einzusetzen. Das heißt zunächst ganz einfach: den Fall bekanntzumachen, Solidaritätsbekundungen herbeizuführen.

Worum es hier geht, wird gut in einem Informationsblatt deutlich gemacht, mit dem kurz nach Bekanntwerden der aktuelle Stand zum ersten mal einer breiteren Öffentlichkeit bekanntgemacht wurde: auf dem Dortmunder Anti-Rotstift-Tribunal, das am Freitag vergangener Woche stattfand und von mehreren hundert Menschen besucht wurde. Es ist gleichzeitig ein Beispiel dafür, wie man an bestimmte Anlässe anknüpfen kann, um so ein Anliegen vorzubringen.

Gegner des Rotstifts, **kennen Sie — kennt ihr — Abdullah Tosun?**
Mancher mag ihn kennen, manche mögen sich erinnern: Da war doch mal was in den Zeitungen ...

Richtig, da war mal was in den Zeitungen vor einigen Monaten, über einen jungen Mann aus der Türkei, der in der Bundesrepublik, in unserer Stadt Zuflucht gesucht hat vor den faschistischen Folterknechten, die in seiner Heimat die Macht ergriffen haben. Wie so viele, und deswegen allein wäre er kaum sonderlich erwähnt worden. Er kam in die Spalten der Zeitungen vor allem deshalb, weil er in seiner Verzweiflung über die ihm angedrohte Ausweisung in die Türkei zweimal versuchte, sich das Leben zu nehmen. Nur durch viel Glück konnte er beim letzten Mal noch gerettet werden, unter gesundheitlichen Folgeschäden hat er immer noch stark zu leiden. Und immer noch lebt er in ständiger Angst, weiß, daß seine Familie immer wieder durch Polizeibeamte der Junta schikaniert wird, die sich nach im erkundigen, weiß, daß er selbst in Dortmund nur noch geduldet war, nachdem Innenminister Schnoor empörenderweise den zeitweilig geltenden Abschiebestopp für abgelehnte Asylbewerber in die Türkei wieder aufgehoben hatte. Inzwischen weiß er noch mehr:

Er weiß nämlich, daß er jetzt nicht mehr geduldet ist. Das ließ ihm der Regierungspräsident in Arnsberg mit Schreiben vom 24.4.84 über seinen Rechtsanwalt mitteilen. **Die Stadt Dortmund wiederum — genauer: Ein Verwaltungsangestellter Moldehauer im Auftrage des Oberstadtdirektors Heinze — ließ ihm mitteilen, daß er bis zum 30. Mai das Land zu verlassen habe; anderenfalls werde er in Abschiebehaft genommen und an die Türkei abgeschoben.**

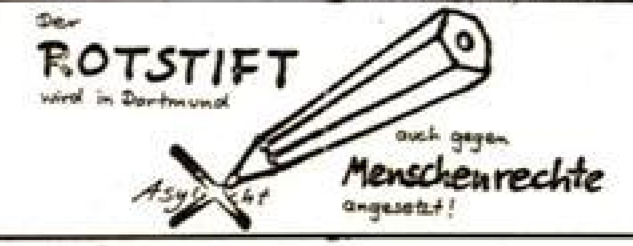
Abdullah Tosun hat in Dortmund Solidarität erfahren. Er hat Freunde gefunden, die ihm geholfen haben, auch mit seinen psychischen Problemen besser fertig zu werden und verzweifelten Stimmungen besser standzuhalten. Das mag ein Grund dafür sein, daß er diesen Anschlag der Behörden unbeschadet überstanden hat und bereit ist, sich zu wehren.

Kann jemand deutlicher machen, wie es um ihn steht, was er im Falle einer Abschiebung erwartet als durch den wiederholten Versuch, sich das Leben zu nehmen? Hat man Kemal Altun und andere so schnell vergessen? Der Regierungspräsident in Arnsberg bleibt ungerührt. Und der Oberstadtdirektor auch. Den letzteren zitiert der Herr Regierungspräsident in seinem Schreiben vom 24.4.

Nachdem er gegen jedes bessere Wissen behauptet: „Die türkische Regierung unternimmt ... alle Anstrengungen, um der Gefährdung der Bürger zu begegnen", beruft er sich zunächst auf den Innenminister, der im Januar erklärte, daß „die Befürchtungen, daß abgelehnten Asylbewerbern bei ihrer Rückkehr in die Türkei menschenrechtswidrige Repressalien drohen, aufgrund der umfangreichen Ermittlungen nicht mehr bestehen" und fügt schließlich hinzu: „Ich habe es zu billigen, wenn der Oberstadtdirektor in seinem Vorlagebericht feststellt: ‚Sollten jedoch die Selbsttötungsversuche eine Appellfunktion haben, mit dem Ziel, die zuständigen Behörden und die Öffentlichkeit zu veranlassen, ihm ein Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik Deutschland zu gewähren, bzw. seine Abschiebung zu verhindern, so kann auch dies im öffentlichen Interesse unter keinen Umständen hingenommen werden.'"

Welch menschenfeindlicher Zynismus.

Gegen drohende Abschiebung wird Abdullah nun auf dem Klagewege vorgehen, was zunächst einen Aufschub herbeiführen dürfte; genauere juristischen Schritte und die Möglichkeit eines neuen Asylverfahrens werden noch beraten.



— All dies hat vielleicht wenig mit den Themen zu tun, denen das heutige Anti-Rotstift-Tribunal gewidmet ist.

Aber es hat doch viel damit zu tun, wie in unserer Stadt Politik gegen die Ziele der Bonner Wenderegierung gemacht wird oder wie gar versucht wird, ganz im Sinne der Regierenden die Lasten der Wende auf die sozial Schwachen abzuwälzen. **Zur Wende gehört nebem dem Rotstift im Sozialbereich auch der Rotstift, mit dem die politischen Rechte zusammengestrichen werden. Und wenn das „öffentliche Interesse" an der schnellen Abschiebung abgelehnter Asylbewerber unter anderem auch mit der Wirtschaftslage und anfallenden Kosten begründet wird, so müssen wir doch wohl sagen: Jeder zur Verfügung stehende Pfennig ist besser in die Realisierung von Grundrechten investiert als beispielsweise in Raketen, um am Motto des Tribunals anzuknüpfen.**

Deshalb bitte ich euch/Sie alle um Solidarität mit Abdullah Tosun.

— AUFRUF —

Am 18. Juni 1974 — vor zehn Jahren — starb unser Genosse Routhier infolge eines Polizeieinsatzes in einem Arbeitsgerichtsverfahren. Dieser zehnte Jahrestag seines Todes ist für die KPD nicht nur Erinnerung an Günter, sondern auch an die brutale Vorgehensweise der Polizei von damals, an die Verfolgungswelle gegen Trauergäste und alle, die diesen Fall bekanntmachen wollten. Weiterhin kann dieser Tag auch die Kontinuität des Polizeiterrors in der Bundesrepublik zeigen.

Zusammen mit antifaschistischen Initiativen, Ermittlungsausschüssen und in verschiedenster Form von Polizeiwillkür Betroffenen planen wir für den 21. Juni in Duisburg eine Veranstaltung.

An dieser Stelle möchten wir diejenigen unter den Lesern, die Beiträge für eine solche Veranstaltung liefern könnten, bitten sich zu melden. Genossen und Leser, die über die Folgen der Verfolgungswelle nach Günters Tod, über die z.T. horrenden Geldstrafen, über Gefängnis oder Berufsverbote in diesem Zusammenhang berichten können, sollten sich an die Redaktion des RM, Tel.: (0231) 433691) wenden.

Wir möchten den Lesern des RM, die im Juni ein paar Tage Zeit haben, eine Fahrradtour der Volksfront nahebringen. Eine Fahrradtour fürs kommunale Wahlrecht für Ausländer. Alles weitere wird im untenstehenden Flugblatt erklärt. Wir meinen: Das ist eine gute Idee und eine unterstützenswerte Sache. Also: Trainiert schon mal!

Fahrradtour für's Kommunale Wahlrecht für Ausländer



vom 18.-26. Juni '84

von Bielefeld nach Dortmund.

Fahrradfahren macht Spaß. Fahrradfahren und Aktionen für eine gute, notwendige Sache — das macht doppelt Spaß. — Und dazu laden wir euch ein!

Die Volksfront organisiert in Ostwestfalen und im Ruhrgebiet eine Fahrradtour unter dem Motto „Kommunales Wahlrecht für Ausländer!"

Am 18. Juni ist Start in Bielefeld, dann geht es über Münster, Recklinghausen, Gelsenkirchen, Oberhausen, Duisburg, Essen und Bochum nach Dortmund. Gefahren wird natürlich auf Wegen, die sich lohnen.

In den Städten werden wir, soweit möglich, von örtlichen Volksfront-Gruppen empfangen, die auch für die Übernachtung sorgen. Vielleicht wird auch mal gezeltet. Wir machen Info-Stände, Kundgebungen — und sammeln Unterschriften unter die genannte Forderung, die uns doch allen gemeinsam ist.

Unser Ziel: Einige (möglichst viele) hundert Unterschriften zu der landesweiten Sammelaktion des Verbandes der Initiativen in der Ausländerarbeit (VIA), Landesverband NRW, beizusteuern. Gesammelt wird unter die Listen der VIA.

In den Städten, wo wir durchkommen, streben wir für die jeweiligen Tage gemeinsame Aktionen mit den dortigen VIA-Mitgliedsinitiativen, natürlich auch anderen Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit usw. an. Wir können für den Einsatz fürs kommunale Wahlrecht zu ein bißchen Hilfestellung geben, wir können selbst vor Ort lernen.

Wer Lust hat, dabei mitzumachen, mitzureden, der ist herzlich eingeladen. **Interessenten melden sich bitte möglichst schnell bei Dietrich Lohse, Lange Hecke 6, 4600 Dortmund 30, Tel. (0231) 417862.**

Spendenliste

Seite der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

Spenden für die Kampagne zur 35-Stunden-Woche

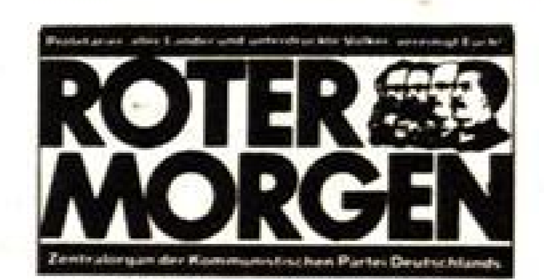
3 Genossen aus Hamburg	220,—
K., L.J., Kiel	70,—
insgesamt	290,—

Damit sind für diesen Zweck bisher 6760,— DM bei uns eingegangen.

Spenden für die Partei

KPD Westberlin	428,—
C.B., Köln	89,—
A., Bochum	95,—
E.H., Dortmund	10,—
insgesamt	622,—

Außerdem ging von drei Kollegen aus Hamburg eine Spende von 60,— DM für die RGO bei uns ein.
Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.



Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten", unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat" vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Korrespondenz aus Dortmund

Pseudokrupp bedroht das Leben unserer Kinder

Hauptverursacher Staat und Industrie verschanzen sich hinter Beweisnot der Betroffenen

Seit einiger Zeit nimmt die Kinderkrankheit Pseudokrupp geradezu epidemische Ausmaße an. Allein im Ruhrgebiet werden jährlich über 2000 Kinder mit den typischen Merkmalen eines Pseudokrupps ins Krankenhaus eingeliefert. Die Zahl der Kindern, die von einem Pseudokrupp befallen sind, dürfte jedoch zehnmal so hoch sein. Selbst Wende-Politiker wie der Bundesfamilienminister Heiner Geißler sehen sich veranlaßt, zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Er erklärte vor kurzem, daß sich Elterninitiativen, die sich aufgrund dieser um sich greifenden Erkrankung gebildet haben, an ihn wenden sollen, damit er sich darüber ein Bild machen könne. Ein Regierungsvertreter gibt also vor, sich hier um die Belange der Bevölkerung kümmern zu wollen. Diese Tatsache zeigt, daß das Ausmaß dieser Krankheit bedrohlich geworden ist.



„Mein Vater, mein Vater jetzt faßt er mich an!"

Von den Pseudokrupp-Initiativen wird hierbei insbesondere auf den Zusammenhang zwischen dem Auftreten dieser Krankheit und der Luftverschmutzung aufmerksam gemacht. Die Luftverschmutzung in der BRD ist trotz allen Geredes vom „blauen Himmel an der Ruhr" extrem hoch, verglichen mit dem Weltmaßstab.

Während beispielsweise die Weltgesundheitsorganisation (WHO) für Schwefeldioxid (SO_2) Immissionen (= Einwirkungen auf die Atemluft) von höchstens 0,06 mg/m^3 (Milligramm pro Kubikmeter Luft) als Langzeitwert (d. h. Durchschnittswert aller im Laufe eines Jahres gemessenen Halbstunden-Mittelwerte) und von höchstens 0,15 mg/m^3 als Kurzzeitwert (d. h. 98 Prozent aller gemessenen Halbstundenwerte müssen niedriger sein) für zulässig erklärt, sind laut Umweltbundesamt z. B. 1980 in der BRD 0,14 mg/m^3 als Langzeit- und 0,40 mg/m^3 als Kurzzeitwert durch die Technische Anweisung (TA) Luft für statthaft erklärt worden. (Daten entnommen aus: Bernd Dost, Die Erben des Übels — Kranke Umwelt, kranke Kinder, Kösel Verlag München 1983, S. 16)

Während der Amtszeit von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, dem ja ach so viel am Umweltschutz gelegen ist, sind die Vorschriften der TA Luft gelockert worden. Es darf noch mehr SO_2 in die Luft gepustet werden, sofern die Industrie geltend machen kann, daß ihre Anlagen veraltet sind und ihr daher der Einbau einer aufwendigen Rauchentschwefelungsanlage nicht zugemutet werden könne.

SO_2 ist die **Haupt**ursache (aber keineswegs die ausschließliche Ursache) für das um sich greifende Waldsterben und für die verstärkt auftretenden Anfälle von Pseudokrupp. Die Verschmutzung der Luft insbesondere in den Gebieten um Ruhr und Saar mit SO_2 bildet jedoch nur die „Spitze des Eisbergs", hinzu kommen ferner z. B. Stickoxide (NO_X), ungesättigte Kohlenwasserstoffe, Ozon und Schwermetallstäube. (Vgl. Peter Schütt u. a., So stirbt der Wald — Schadbilder und Krankheitsverlauf, BLV Verlagsgesellschaft München/Wien/Zürich 1983, S. 12 ff)

Jeder dieser Schadstoffe, von denen in der BRD über 1000 verschiedene nachgewiesen wurden, wirkt in unterschiedlicher Weise auf den menschlichen Organismus ein. Der Krebsatlas für NRW, Rheinland-Pfalz, Saargebiet und Baden-Württemberg weist Saar- und Ruhrgebiet als „Lungenkrebs-Hochburgen" aus. (Vgl. Egmont R. Koch, Krebswelt — Krankheit als Industrieprodukt, Fischer-Taschenbuch 3840, Frankfurt 1984, S. 248 ff) und zeigt, daß die Luft von fast ganz Westdeutschland (von Saarbrücken ab nordwärts bis Wesel mit Ausnahme des Rhein-Sieg-Kreises und des Stadtgebietes von Bonn) erheblich belastet ist.

Eine vom „Spiegel" veröffentlichte Karte der jährlichen Schwefelablagerungen in der BRD (gemessen in g/m^3) macht deutlich, daß im Gebiet nördlich von Köln bis nördlich von Dortmund die weitaus höchsten Werte gemessen wurden, wobei der Dortmunder Raum mit 14,9 g/m^3 an der Spitze liegt (die geringsten Werte dagegen wurden an der Nordseeküste gemessen und liegen etwa in Sylt bei 1,3 g/m^3). (Vgl. Jochen Bölsche (Hg.), Das gelbe Gift — Todesursache: Saurer Regen, Spiegel-Buch, Rowohlt Verlag Reinbek 1984, S. 35). Der „Spiegel"-Karte zufolge ist das Gebiet mit der höchsten Schwefelablagerung zugleich dasjenige mit den meisten Kraftwerken.

SO_2-Verschmutzung der Luft verursacht z. B. ein ständig entzündetes Gewebe besonders im Bereich der Atmungsorgane, was zu einer allgemeinen Schwächung der Abwehrkräfte des Körpers gegen die Einwirkung weiterer Schadstoffe beiträgt.

Unter den Metallstäuben bewirkt z. B.

- Chrom Lungenkrebs,
- Nickel Lungen- und Nasentumoren,
- Arsen bösartige Geschwülste auf der Haut sowie in Lunge und Leber,
- Cadmium Lungen-, Prostata- und Nierenkrebs,
- Blei Nierentumoren.

Metallstäube bilden jedoch nur **eine** Gruppe von direkt zu Krebs führenden Schadstoffen in der Luft. Zu nennen wären ferner die Gruppe der polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffe (z. B. Benzol), die teilweise chlorhaltig sind (z. B. Vinylchlorid).

Die PAH-Werte der Luft liegen bei uns in der Regel im Winter deutlich über dem Jahresdurchschnitt, was mit der Kohleverbrennung zusammenhängt. Sie waren bis zur Nutzung von Erdgas weitaus höher, als sie es heute sind. Erdgasheizungen sind viel umweltfreundlicher, produzieren aber auch NO_X (Stickoxide).

Wenn nun z. B. in Herdecke das Kraftwerk Cuno künftig statt mit Erdgas mit Kohle beheizt wird (was das Gewerbeaufsichtsamt Hagen am 18. 5. 82 genehmigt hat), so **darf** dadurch jährlich die Luft **zusätzlich** belastet werden mit:

- 470 t Stäuben, davon
- 47 t gefährlichen Stäuben (z. B. Schwermetallstäuben),
- 11 200 t Schwefeldioxid und
- 6500 t Stickoxiden.

Hauptbelastungsgebiet wäre wegen der hauptsächlichen Windrichtung Dortmund. Auch die Höhe des Schornsteins von 239 m, die ein größeres Verbreitungsgebiet für den Schadstoffausstoß des Kraftwerks gewährleisten soll (was langfristig zu entsprechendem Waldsterben im übrigen Deutschland und z. B. zu biologisch toten, da übersäuerten Seen in Schweden führt) gewährleisten soll, ist trügerisch, zumal das Gelände sich nach Dortmund hin hebt. (Das Kraftwerk steht in einem Tal.) Zwar hat die Elektromark (Betreiberin dieses Kraftwerks) die Auflage bekommen, eine Entschwefelungsanlage irgendwann einmal (Datum nicht genau festgelegt, gerechnet wird mit 1988) zu errichten (von den anderen Emissionen ist keine Rede, insbesondere nicht von den tief in die Lunge eindringenden Feinstäuben), bis dahin soll aber der Bevölkerung die erheblich verschlechterte Lebensqualität der Luft aufgebürdet werden. Betonen muß man, daß im gegebenen Fall nicht einmal eine Notwendigkeit für die Umstellung von Erdgas auf Kohle ersichtlich ist. Der Heizwert des Erdgases ist zudem noch höher.

Aber die Ruhrkohle AG braucht Abnehmer, weil der Hauptabnehmer Stahlindustrie seine Produktion drosselt.

Besonders belastet sind von der Luftverschmutzung kleine Kinder, bei denen durch ein Anschwellen der Kehlkopfschleimhäute die Luftröhre verstopft werden kann. Dies ist die wesentliche Ursache für den Pseudokrupp-Erstickungstod von Kleinkindern.

In den meisten der Allgemeinheit zugänglichen medizinischen Lexika wird Pseudokrupp entweder überhaupt nicht oder nur beiläufig erwähnt. Eine der wenigen Ausnahmen ist die zweibändige Taschenbuchausgabe (je Band 14,80 DM) von Dr. Robert Rothenbergers „Medizin für jedermann" (Thieme Verlag Stuttgart 1979). Dort werden unter der Kapitelüberschrift „Säuglings- und Kinderkrankheiten" an erster Stelle Krupp und Pseudokrupp aufgeführt (S. 908—910). Während unter Krupp eine „entzündliche Luftwegserkrankung, die den Kehlkopf (. . .) angreift" und eine Begleiterscheinung von Diphtherie ist, verstanden wird, wird wegen der Ähnlichkeit der Symptome als Pseudokrupp die katarrhartige Kehlkopfentzündung bezeichnet, „die hauptsächlich bei 1- bis 5jährigen Säuglingen auftritt". Diesem Lehrbuch zufolge wird Pseudokrupp „in den meisten Fällen durch einen Virusinfekt hervorgerufen; auch Bakterien können die schuldigen Erreger sein." (Von Luftverschmutzung durch Industrieabgase ist in diesem braven Lehrbuch für Mediziner nicht die Rede.) Erkennen kann man den Pseudokrupp an „erschwerter Atmung mit geräuschvollem Ziehen beim Einatmen, Heiserkeit oder Stimmverlust und Husten, oft mit einem bellenden Klang, der an die Laute von Robben erinnert." Meist habe das Kind nur leichtes Fieber, manchmal aber auch starkes. Gewöhnlich trete Pseudokrupp nachts auf, lasse tagsüber allmählich nach und werde in der folgenden Nacht schlimmer. So ein Anfall halte normalerweise 1 bis 3 Tage an. Das Buch bezeichnet den Pseudokrupp — getreu seiner Theorie vom Virusinfekt — als ansteckende Krankheit und empfiehlt daher eine Isolierung des Kindes. Als Heilungsmethoden werden Dampfinhalationen (nicht zu heiß) und künstlich herbeigeführtes Erbrechen (zwecks Ausstoßung eines Schleimpfropfes in der Kehle) nahegelegt. Die Zimmerluft soll (etwa mit Hilfe eines Dampfkessels) warm und feucht gehalten werden. Bei stärkerer Atemnot jedoch soll die Klinik aufgesucht werden, wo Sauerstoff entweder durch einen Luftröhrenschnitt oder durch Einführung eines Luftschlauches in die Luftröhre der Lunge zugeführt werden kann.

Bei der Behandlung wird vielfach (gerade auch von Ärzten) nur an den Symptomen herumgedoktert und das Kind mit Medikamenten vollgestopft, wobei besonders schädlich die starke Neigung zur Verabreichung von Antibiotica (gegen die jedoch Viren immun sind) und Corticosteroiden (besonders Cortison) (künstliche Nebennierenrindenhormone, die das körpereigene Immunsystem schwächen und Knochenbrüchigkeit und Aufgedunsenheit hervorrufen können) ist, mit deren Hilfe man akute Anfälle von vornherein ausschalten will, um sich oder den Eltern die Arbeit des nächtlichen Wachbleibens zu ersparen.

Angesichts der zunehmenden Häufigkeit von Pseudokrupp-Erscheinungen bis hin zum „plötzlichen Kindstod" (SIDS) (plötzliches Ersticken eines vorher noch für gesund angesehenen Kindes) hat sich vielfach Angst unter den Eltern breitgemacht. Und in zunehmendem Maße wächst auch die Einsicht, daß man sich gegen die Hauptverursacher der Luftverschmutzung zur Wehr setzen muß. Überall in der BRD entstehen Pseudokrupp-Elterninitiativen, allein in NRW bestehen zur Zeit 17. Dies ist auch die Hauptursache, warum sich plötzlich auch bürgerliche Politiker für dieses Thema interessieren.

Für den 2. Juni ab 11 Uhr ist in den Räumen der Volkshochschule Essen (Hollestraße, in der Nähe des Hauptbahnhofs) ein erstes bundesweites Treffen dieser Initiative geplant, das von der Essener Pseudokrupp-Initiative in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Bürgerinitiative Umweltschutz (BBU) organisiert wird. Vier Hauptreferate sollen die Grundlage für entsprechende Arbeitskreise bilden. Die Essener Initiative will zunächst über ihre eigene Arbeit und die dabei gemachten Erfahrungen z. B. im Umgang mit Behörden berichten. Den medizinischen Ursachen des Pseudokrupp will sich der Essener Kinderarzt Dr. Meersmann widmen, dem die Häufung von Pseudokrupp-Fällen im Zusammenhang mit Überschreitung des „weichen" TA-Luft-Wertes für SO_2-Einwirkung (Pseudokrupp tritt bei einem Kurzzeitwert von 0,17 mg/m^3 auf) im Bereich Borbeck aufgefallen ist. Der Raumplaner Wilfried Kühling, der bei der Dortmunder Initiative mitarbeitet, will sich kritisch mit den Normen der TA Luft befassen. Ein weiterer Vortrag ist beabsichtigt über den Zusammenhang von Umweltverschmutzung und Atemwegserkrankungen unter besonderer Berücksichtigung von Pseudokrupp.

P.S. Bei einem Treffen der Pseudokrupp-Initiativen aus 18 Städten von NRW bei Gesundheitsminister Farthmann am 18. 5. trug der Duisburger Arzt Dr. Harald Haupt vor, daß seinen Untersuchungen zufolge Pseudokrupp-Erkrankungen in signifikanter Häufung in Stadtteilen mit einem SO_2-Gehalt der Luft von über 0,3 mg/m^3 festzustellen sei. Die vom Essener Arzt Dr. Meersmann festgestellte Häufung von Anfällen an bestimmten Tagen in Essen-Borbeck konnte in Verbindung gebracht werden mit erhöhtem Fluor-Ausstoß der nahegelegenen Aluminium-Hütte an diesen Tagen.

Ein Mitglied der Dortmunder Initiative „Pseudokrupp und Umweltverschmutzung"

Erwähnt seinen einige Kontaktanschriften von Pseudokrupp-Initiativen (vgl. „taz" vom 30. 3. 1984):

Berlin: T. Schernbeck, Eichenallee 17, 1000 Berlin 19;

Braunschweig: A. Behrens, Gutenbergstr. 1, 3300 Braunschweig;

Dortmund: G. Malkowski, Begonienstr. 34, 4600 Dortmund 41, Tel.: (0231) 403582;

Essen: Ch. Kunkel, Unterstr. 53, 4300 Essen 11, Tel.: (0201) 698885;

Hof: N. Wienands, Raitschin 5, 8671 Regnitz-Losau;

Köln: B. Boden, Neusser Str. 864, 5000 Köln 60;

Odenthal: M. Gawenda, Im Schmittergraben 11, 5068 Odenthal;

Weingarten: F. Wiedemann, Laurastr. 19, 7987 Weinheim.

Weitere Kontaktanschriften (z. B. von Hamburg, Haltern und Herne) können bei der Essener Initiative erfragt werden.

Linke und die 35-Stunden-Woche

„Kritische Solidarität"?

Die „heiße Phase" der diesjährigen Tarifrunde ist in vollem Gange und schneller als mancher erwartet hat, spitzt sich die Auseinandersetzung zu. Doch bereits die millionenteure Propaganda der Unternehmerverbände, die massive Front, die die Regierenden in Bonn schon frühzeitig gegen die Gewerkschaftsforderung errichtet haben, deuteten ja bereits an, daß dies keine Tarifrunde wie jede andere werden würde. Um so unverständlicher auf den ersten Blick: die Probleme, die Teile der politischen Linken mit der Tarifrunde, mit der Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich haben.



Das, was dort an Zurückhaltung bis hin zur Ablehnung geboten wird, fällt um so mehr auf, wo es doch gerade die Kräfte der politischen Linken, die klassenkämpferischen und revolutionären Teile in der Gewerkschaftsbewegung gewesen sind, die sich seit Jahren für diese Forderung stark gemacht haben. Dies zum Teil gegen den erbitterten Widerstand von Loderer, Mayr usw. Wir wollen dabei die verschiedenen Positionen nicht über einen Kamm scheren, doch das, was dort unter dem Stichwort „kritische Solidarität" gehandelt wird, hat oftmals mit direkter Unterstützung, mit einem offensiven Eingreifen in diese Auseinandersetzung wenig zu tun.

„35-Stunden-Woche — Wo soll das alles enden" — mit diesem Stoßseufzer überschreibt nicht etwa die FAZ ihren Kommentar zu den Ergebnissen der Urabstimmung, sondern der „Arbeiterkampf" seinen Artikel in der April-Ausgabe zum Thema Nr. 1 in der Gewerkschaftsbewegung. Dieser Stoßseufzer kennzeichnet eine Stimmung der Kräfte, die ihre Kritik sehr wohl vom Standpunkt der Arbeiterbewegung verstanden wissen wollen. Ob in „Revier", im „Arbeiterkampf" in der „MOZ" oder in den Diskussionen des BWK finden sich dann seitenweise Erklärungen und Analysen, warum die Niederlage — ob mit oder ohne Streik — unausweichlich scheint. Nicht, daß wir nicht eine Niederlage für möglich halten, auch nach den Urabstimmungen in der Metallindustrie. Nur was soll diese Diskussion über die mögliche Niederlage zu diesem Zeitpunkt bringen, wenn nicht die Niederlage selber. Ist das die realistische Weitsicht von Marxisten oder kleinmütiges Zurückweichen, das hier die Feder führt?

Sich nicht vor den Karren der Sozialpartnerschaft spannen lassen

Nun mag man einwenden, es gäbe doch genügend Anlaß, skeptisch zu sein, Zweifel an der Ernsthaftigkeit von Leuten wie Mayr, Jansen (der bei dieser Forderung einmal zurücktreten wollte) und Steinkühler, sind sie nicht angebracht? Haben sie nicht in der laufenden Tarifrunde mit Spitzengesprächen und „Kompromißlinien" gezeigt, daß sie wieder bereit sind, die Forderungen auf dem Altar der Sozialpartnerschaft zu opfern? Man kann sich die Frage stellen, warum es ausgerechnet in diesem Jahr anders laufen soll, wo wir Jahrelang diese Opfergänge kennengelernt haben. Man kann die Frage so stellen, wenn uns das helfen würde, die sozialpartnerschaftlichen Positionen zu schwächen und zu isolieren. Nur wird einem das **so** nicht gelingen. Richtig an dieser Kritik ist, daß sich **darin** diese Tarifrunde von anderen nicht unterscheidet, daß sie die Sozialpartnerschaft retten und entsprechende Lösungen finden wollen. Wenn heute die einstigen Gegner der Forderung nach 35-Stunden-Woche zu eifrigsten Befürwortern geworden sind, so macht das aus Sozialpartnern noch lange keine Klassenkämpfer, aber aus einer richtigen, von klassenkämpferischen Kräften erhobenen Forderung auch keine sozialpartnerschaftliche.

Eine offensive Forderung

Die Wachsamkeit der Linken gegenüber den sozialpartnerschaftlichen Absichten der Gewerkschaftsführungen ist nicht nur berechtigt, sondern dringend geboten.

Nur sollte man selber bei aller gebotenen Wachsamkeit den Zündstoff, der in einer Forderung liegt, nicht austreten. Dieser Zündstoff, das ist die offensive Wirkung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gegen eines der brennendsten Probleme der Arbeiterklasse, gegen die Massenarbeitslosigkeit. Daß sowohl IG Metall wie auch IG Druck & Papier diese Forderung vor allem mit der Frage nach der Schaffung von Arbeitsplätzen mit dem Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit verknüpfen, ist richtig und sollte vorbehaltlos unterstützt werden.

Wer die Offensive gegen die Politik des Kapitals will, der wird auch an der Frage ansetzen müssen, die diese Offensive auch in breiten Teilen der Arbeiterklasse und der Bevölkerung sinnvoll und richtig erscheinen läßt. Und das ist ja nun so: war noch vor Jahresfrist die Arbeitslosigkeit das Thema der Kohl und Genscher und ihres Aufschwungs, so hat die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche erheblich dazu beigetragen, das Bewußtsein dafür zu schärfen, daß man diese Frage diesen Herren nicht überlassen darf. So ist es zu einem wahren Wettstreit gekommen: wer ist mehr gegen die Arbeitslosigkeit, Regierung und Kapital oder die Gewerkschaftsbewegung, und wer tut wirklich etwas dagegen?

Alle haben festgestellt, daß die Diskussionen in den Betrieben und in den Gewerkschaften in der diesjährigen Tarifrunde schwieriger und kontroverser war als zuvor. Bedenken und Vorbehalte gegen die Forderung sind nicht zu übersehen. Wenn dies jedoch von den Genossen als Ergebnis eines Mißtrauens in die Politik der Gewerkschaftsführungen, als Ergebnis der jahrelangen Erfahrungen mit einer halbherzigen (sozialpartnerschaftlichen) Politik gesehen wird, so ist das nur die eine Seite und nicht einmal die entscheidendere.

Die Bedenken und Vorbehalte sind vor allem das Ergebnis des Einflusses der Krisenpropaganda der Reaktion und des Kapitals, wo eine „gesunde Wirtschaft", die „konkurrenzfähigen Betriebe", die „Exportfähigkeit" oder eben schlicht der „Aufschwung", dem „gesunden Menschenverstand" einleuchtender erscheint, als sich mit einer Gewerkschaftsforderung gerade **gegen** eben diese Leitsätze, eben gegen diese Vernunft zu stellen. Daß diese Propaganda so fruchten kann, ist zweifellos das Ergebnis der jahrelangen sozialpartnerschaftlichen Propaganda und Erfahrung. Das ist der Boden, auf dem diese Krisenpropaganda überhaupt verbreitet werden kann, überhaupt gedeihen kann.

Das festzustellen allein ist weder klassenkämpferisch noch marxistisch. Dazu muß man auch erkennen, daß die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sich eben nicht so einfach einreihen läßt unter den Tarifforderungen, die gemeinhin als „gesellschaftlich und wirtschaftlich verträglich" oder, um einen anderen beliebten Begriff der Sozialpartnerschaftstheorie zu nehmen, als „angemessen" gehandelt werden. Eine Forderung, die nicht allein auf soziale Sicherung in der Krise, auf Erhalt dessen, was man hat, angelegt ist, eine solche Forderung bedeutet einen Affront gegen die Wendepolitik und ihre Leitsätze. Das ist der wesentliche Grund für die heftigen Diskussionen in den Betrieben und in der Öffentlichkeit. Es geht um die Frage „auf den Aufschwung vertrauen oder selbst handeln?" Diese Frage haben die Gewerkschaften mit einer Offensivforderung entfacht.

Und man kann davon ausgehen, daß Mayr und Jansen die Sache lieber nicht am Hals hätten, denn sie stecken in einem ziemlichen Dilemma. 1. Fällt es natürlich schwer, eine offensive Forderung noch sozialpartnerschaftlich zu verkaufen, das heißt als verträglich nachzuweisen. Neben vielen richtigen Begründungen wird deshalb diese Forderung mit dem alten sozialpartnerschaftlichen Schund beladen: da sagt z.B. der Breit in einem Interview auf die Frage, ob denn die Unternehmer die Gewerkschaften schwächen oder gar zerstören wollen: „Der Eindruck ist sicher richtig. Denn mit schwächeren Gewerkschaften lassen sich bestimmt die eigenen Interessen besser durchsetzen. Ob sich das aber für die Unternehmer auszahlt, ist mehr als fraglich. In den vergangenen Jahrzehnten sind wir mit starken Gewerkschaften eigentlich immer gut gefahren, sowohl die Gesellschaft als auch die Unternehmer." Das bringt auf den Punkt, wie sie die Sozialpartnerschaft zu retten hoffen — daß sie sich eben als „sozialer Friede" für die Unternehmer direkt auszahlt. Und auf dieser Linie liegen dann die krampfhaften Versuche, die Forderung der 35-Stunden-Woche als „wirtschaftlich tragbar" oder besser als „kostenneutral" vorzurechnen.

Nur — alle diese Signale, ob Samstagsarbeit, Lohnzugeständnisse, langjährige Laufzeiten der Tarifverträge — die kommen nicht an. Es gibt keinen Zweifel: die Mayr und Steinkühler möchten auch diese Tarifrunde sozialpartnerschaftlich lösen. Ihr Problem ist nur, die Unternehmer wollen ganz offensichtlich nicht und eine Forderung wie die 35-Stunden-Woche macht es Mayr und Ferlemann erheblich schwerer ihre sozialpartnerschaftliche Logik hinüberzuretten.

Deshalb erscheint das zögerliche Verhalten einer Reihe von Linken so fatal. Während sie noch über die unveränderte Haltung solcher Leute wie Mayr und inzwischen auch Steinkühler wehklagen, hat die Diskussion um die 35-Stunden-Woche die Diskussion über die Profite des Großkapitals, über die Gegensätzlichkeit der Interessen von Arbeiterklasse und Kapitalisten vorangebracht. Ohne das überschätzen zu wollen, aber das ist es, was die Genossen des „Revier" in der letzten Ausgabe richtig als „die Eigendynamik eines Arbeitskampfes" bezeichnen, eines Arbeitskampfes, wo das positive Moment eine Offensive Forderung der Arbeiterbewegung gegen Massenarbeitslosigkeit ist, wo das zurückzerrende Moment der Versuch ist, dieses Problem im Einvernehmen der Sozialpartner regeln zu wollen. Die Chancen, ein antikapitalistisches Bewußtsein, eine unversöhnliche Haltung in der Arbeiterbewegung zu stärken, sind so gesehen in der diesjährigen Tarifrunde günstiger als zuvor.

„Hauptsache Arbeit"

Zum Schluß noch zu den Zweifeln, die insbesondere die Genossen des BWK haben, daß es richtig sei, eine Forderung gegen Massenarbeitslosigkeit überhaupt zu erheben. Wie schon gesagt, wir halten gerade in der heutigen Situation eine Offensivforderung für durchsetzbar, die dieses zentrale Problem beim Schopfe zu packen versucht. Das heißt weder, daß eine solche Offensivforderung morgen nicht auch in Lohn- oder Arbeitsbedingungen oder in direkten politischen Fragen ihren Ausdruck finden kann.

Aber ist es denn etwa unmarxistisch, zu behaupten, die Arbeiterklasse könne auch in der Frage der Arbeitslosigkeit den Kapitalisten Zugeständnisse abringen, ebenso wie dies doch sicher von allen unbestrittenen Lohnfragen geschehen kann und geschehen ist. Es geht doch nicht darum, mit der 35-Stunden-Woche die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus außer Kraft setzen zu können, Gesetze, die eben zwangsläufig zur Vergrößerung des Heeres der industriellen Reservearmee hinauslaufen als Folge der kapitalistischen Akkumulation. Wie bei dem ständigen Versuch der Senkung der Löhne geht es eher sehr wohl darum, durch den Kampf der Arbeiterklasse die Wirkung dieser Gesetze einzudämmen. Dabei ist die Arbeitslosigkeit doch für die Kolleginnen und Kollegen in vielerlei Hinsicht spürbar, nicht allein in der direkten Arbeitslosigkeit, auch in dem Druck, der auf denen lastet, die (noch) Arbeit haben, der Druck, der Krankenstände sinken, das Lohnniveau sinken, die Arbeitsintensität steigen läßt. All das ist direkt spürbar und spielt eine erhebliche Rolle. Dagegen Forderungen zu erheben, hat mit bedingungsloser Unterordnung unter die heutigen Arbeitsbedingungen wenig zu tun, es hat jedoch viel damit zu tun, unter welchen Bedingungen man heute gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen insgesamt kämpfen kann. Die Massenarbeitslosigkeit untergräbt Kampfkraft und Selbstbewußtsein der Arbeitenden, vor allem, wenn sie ohne Antwort durch die Arbeiterbewegung wie ein Schicksal über den Köpfen schwebt.

Für die Bedeutung, die die Massenarbeitslosigkeit im Bewußtsein der Arbeiterklasse hat, spielt aber noch ein weiterer Umstand eine Rolle. Daß es nämlich noch gar nicht so lange her ist, daß Vollbeschäftigung im Rahmen dieses kapitalistischen Systems als machbar angesehen und auch kräftig propagiert wurde. Jahre mit minimalen Arbeitslosenzahlen sind nicht so lange her, als daß sie schon vergessen wären. Die politische Reaktion hat dies geschickt genutzt in ihrem Wahlkampf 1983 und die Arbeitslosigkeit zu einer Frage gemacht, die nur von einer „besseren" oder „schlechteren" Wirtschaftspolitik abhängt. Daß die Arbeiterklasse zur Sicherung ihrer Existenz eben nicht auf eine „bessere" kapitalistische Wirtschaftspolitik vertrauen darf, sondern eigene Forderungen erheben muß, die ihrem eigenen Interesse entsprechen, das ist ja mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche verbunden. In diesem Sinne können gerade die klassenkämpferischen und revolutionären Kräfte diese Tarifrunde benutzen, wenn sie nur die Arbeitslosigkeit tatsächlich als ein drängendes Problem der Arbeiterklasse begreifen.

Wenn die Genossen des BWK darauf verweisen, daß sozialpartnerschaftliches Denken und Handeln darauf hinausläuft, diesem Druck der Arbeitslosigkeit durch Kompromisse und Zugeständnisse in Lohnfragen oder Unterordnung unter unzumutbare Arbeitsbedingungen zu entweichen, so ist das sicher richtig. Nur diese Gefahr wird man nicht, indem man Forderungen nach Schaffung von Arbeitsplätzen und gegen die Massenarbeitslosigkeit nicht stellt, sondern gerade umgekehrt: indem in dieser Frage, die als zentrale Existenzbedrohung gesehen wird, eigene Forderungen vom Standpunkt der Arbeiterbewegung aufgestellt werden, kann der Gefahr von falschen Kompromissen und Zugeständnissen begegnet werden. Würden wir jedoch Forderungen nicht unterstützen, weil sie auch die Gefahr falscher Auslegung und Stoßrichtungen beinhalten könnten, dann könnten wir am konkreten Klassenkampf nicht mehr teilnehmen, es sei denn als Beobachter und Kommentatoren.

Wir meinen, die politische Linke hat in dieser Auseinandersetzung eine Verantwortung, der sie gerecht werden muß. Dazu gehört, die positive und offensive Wirkung der Forderung unzweideutig und tatkräftig zu unterstützen, weil es nur so möglich ist, Einfluß gegen die sozialpartnerschaftlichen Entstellungen und Lösungen dieses Kampfes geltend zu machen. Kein besonders großer Einfluß zwar, eine Offensive aller fortschrittlichen und klassenkämpferischen Kräfte wäre aber ein wichtiger Beitrag. Wir wollen das unsere dazu tun.

T.H.

40 Jahre Kongreß von Përmet

Den neuen Staat schuf das kämpfende Volk

Auszug aus „Geschichte der PAA"

Als Albanien am 29. 11. 1944 vollständig befreit war, stand der neue volksdemokratische Staat bereits in den Grundzügen. Durch die Schmiedung der Einheitsfront zwischen Kommunisten und parteilosen Patrioten auf der Konferenz von Peza im September 1941 war sein Grundstein gelegt worden. Die Konferenz von Labinoti vom September 1943 anerkannte die im Kampf gegen die Besatzer entstandenen Nationalen Befreiungsräte als einzige Machtorgane des kämpfenden Volkes. Der Kongreß von Përmet schließlich schuf das höchste Organ der Volksmacht und die volksdemorkatische Regierung. Wir veröffentlichen aus diesem Anlaß einen Auszug aus der 2. Auflage der „Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens".

Der I. Antifaschistische Kongreß der Nationalen Befreiung Albaniens tagte vom 24. bis zum 28. Mai 1944 in der befreiten Stadt Përmet.

Die Kongreßarbeiten waren von einem zutiefst revolutionären Geist vollständiger Einheit durchdrungen. Die Delegierten diskutierten lebhaft den Bericht »Der Verlauf des Nationalen Befreiungskampfes des albanischen Volkes im Zusammenhang mit den internationalen Ereignissen«*, den Genosse Enver Hoxha im Namen des Generalrats der Nationalen Befreiung erstattete, und billigten einstimmig alle unterbreiteten Vorschläge.

Der Kongreß wählte den Antifaschistischen Rat der Nationalen Befreiung (ARNB), der als Repräsentant der Souveränität des Volkes und des albanischen Staates die höchste legislative und exekutive Körperschaft in Albanien war. Der in Përmet gewählte Antifaschistische Rat war die erste Volksversammlung Albaniens. Der Kongreß beauftragte den Antifaschistischen Rat, das Antifaschistische Komitee der Nationalen Befreiung mit den Attributen einer provisorischen volksdemokratischen Regierung zu bilden. Das vom Kongreß gebilligte Antifaschistische Komitee war die erste volksdemokratische Regierung Albaniens. Zum Präsidenten des Komitees wurde der Generalsekretär der KPA, Enver Hoxha, ernannt.

Zusammen mit der Schaffung der hohen Organe der Volksmacht beschloß der Kongreß von Përmet, »das neue volksdemokratische Albanien nach dem Willen des Volkes, den es heute im Antifaschistischen Rat der Nationalen Befreiung feierlich zum Ausdruck bringt, aufzubauen«, dem Exkönig Zogu die Rückkehr nach Albanien zu verbieten, keinerlei Regierung anzuerkennen, die im In- und Ausland gegen den Willen des albanischen Volkes gebildet werden könnte, den Kampf gegen die deutschen Besatzer und die albanischen Verräter mit größter Heftigkeit bis zu ihrer vollständigen Zerschlagung und bis zur Errichtung der volksdemokratischen Macht im ganzen Land fortzusetzen.

Der Antifaschistische Rat faßte auf seiner ersten Sitzung eine Reihe sehr wichtiger Beschlüsse, die vom Kongreß gebilligt wurden und die ersten Gesetze des albanischen volksdemokratischen Staates darstellen. Besonders wichtig war der Beschluß mit revolutionärem Inhalt, alle politischen und wirtschaftlichen Abkommen, die die Zogu-Regierung mit anderen Staaten abgeschlossen hatte und die im Gegensatz zu den Interessen des albanischen Volkes standen, zu annullieren. Der Rat schuf eine staatliche Sonderkommisson zur Aufspürung und Feststellung aller Kriegsverbrecher und aller von den Besatzern und den Verrätern begangenen Verbrechen.

In engem Zusammenhang mit der Organisierung der Volksmacht auf einem höheren Niveau analysierte und löste der Kongreß auch die Frage der weiteren Festigung und Vervollkommnung der Nationalen Befreiungsarmee als Hauptwaffe für die vollständige Befreiung des Landes und für die Verteidigung des Oberkommandos der Nationalen Befreiungsarmee und die Vergabe militärischer Dienstgrade. Genosse Enver Hoxha wurde zum Oberkommandierenden ernannt. Ferner gab der Kongreß die Anweisung, Divisionen und Armeekorps zu bilden; das Oberkommando verkündete die Aufstellung der I. Sturmdivision.

Der Kongreß von Përmet brachte seine Dankbarkeit gegenüber der von J. W. Stalin geführten Sowjetunion und der unter seinem Oberbefehl stehenden Roten Armee zum Ausdruck, die mit ihrem heroischen Kampf die Befreiung Albaniens und der anderen von den Faschisten versklavten Länder beschleunigten. Er bekräftigte die Treue gegenüber dem großen antifaschistischen Bündnis und die Freundschaft des albanischen Volkes zu allen Teilnehmervölkern dieses Bündnisses. Doch anders als die albanischen Kongresse und Versammlungen in der Vergangenheit richtete der Kongreß von Përmet an niemandenen die Bitte, Albanien bei der Lösung seiner Probleme und der Bestimmung seines Schicksals behilflich zu sein. Im Gegenteil, er erklärte den imperialistischen Mächten, daß die Zeit, da Albanien als Marktware behandelt werden konnte, für immer vorbei sei und daß das albanische Volk nicht mehr gestatte, auf seinem Rücken Schacher zu treiben; es werde sein Schicksal in seine eigenen Hände nehmen und selbst darüber bestimmen. Der Kongreß verurteilte öffentlich die Versuche der anglo-amerikanischen Alliierten, sich in die inneren politischen und militärischen Angelegenheiten Albaniens einzumischen.

„Dieses Land hat seine Verteidiger", könnte man den Titel dieses Bildes übersetzen, daß der albanische Maler Sabaudin Xhaferi 1976 malte.

Die historischen Beschlüsse des Kongresses von Përmet wurden von den breiten Volksmassen mit großer Freude aufgenommen und sofort gebilligt.

Die Anstrengungen der Kommunistischen Partei zur Zerschlagung der alten volksfeindlichen Macht und zur Errichtung der volksdemokratischen Macht im Feuer des Nationalen Befreiungskampfes wurden mit einem großen Sieg gekrönt. Die Konferenz von Peza legte den Grundstein dieser Macht. Die Konferenz von Labinot zentralisierte sie und proklamierte sie als einzige politische Macht in Albanien. Der Kongreß von Përmet löste die Frage der politischen Macht zugunsten des aufständischen Volkes, indem er den albanischen Staat der Volksdemokratie schuf. Die Kongreßbeschlüsse bilden die Grundlage der Verfassung dieses Staates.

Die innere Reaktion war jetzt nicht mehr imstande, den feudal-bürgerlichen Staat zu restaurieren, auch nicht mit Hilfe der hitlerianischen Besatzer.

Zur zeit des Kongresses von Përmet befand sich noch die Hälfte Albaniens unter der Kontrolle der nazideutschen Besatzer und Verräter. In den besetzten Gebieten und Städten arbeiteten die Nationalen Befreiungsräte illegal. Viele Gebiete hatten noch keine Räte, aber das war von untergeordneter Bedeutung. Die Hauptsache war, daß das albanische Volk nach dem Kongreß von Përmet, sowohl in den befreiten als auch in den nicht befreiten Gebieten, in Wirklichkeit nur das Antifaschistische Komitee als seine Regierung anerkannte und seinen Anordnungen und den Beschlüssen des Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiung Folge leistete. Die ANBA schützte die volksdemokratische Macht vor den Schlägen der Feinde und war in der Lage, Albanien in der allernächsten Zukunft mit eigenen Kräften und mit der machtvollen Unterstützung des aufständischen Volkes vollständig zu befreien und die Staatsgewalt über das ganze Land zu erstrecken.

Die Beschlüsse des I. Antifaschistischen Kongresses über die Errichtung des volksdemokratischen Staates sowie über die Bildung des Antifaschistischen Rates und der provisorischen demokratischen Regierung waren keine bloßen Dekrete. Der neue albanische Staat und seine hohen Organe waren Früchte des revolutionären Befreiungskampfes des albanischen Volkes unter der Führung der Kommunistischen Partei.

Die Macht der Nationalen Befreiungsräte in Albanien war sowohl von der Form als auch vom Inhalt her völlig verschieden von der alten Macht. Sie hatte auch mit der Macht in den bürgerlich-parlamentarischen Republiken nichts gemeinsam. Als Typ der politischen Macht glich sie der Pariser Kommune und den Sowjets. Trotzdem bewahrte sie voll und ganz ihre Originalität, in Übereinstimmung mit den objektiven Bedingungen und den Umständen des Nationalen Befreiungskampfes des albanischen Volkes.

Entsprechend den Beschlüssen des Kongresses von Përmet wurden die Räte und das Antifaschistische Komitee beauftragt, der Nationalen Befreiungsarmee eine allseitige Hilfe zu geben, um das Land vollständig zu befreien, in ganz Albanien den Triumph der Volksdemokratie zu sichern, der Restauration des Zogu-Regimes oder irgendeines anderen reaktionären Regimes den Weg zu verlegen, die Überreste des Faschismus und die alten Regierungsmethoden zu beseitigen, das gesellschaftliche Leben zu organisieren, das Vaterland allseitig umzuwandeln und die Nationalwirtschaft und Kultur zu entwickeln.

Die Staatsmacht der Nationalen Befreiungsräte war vom Klasseninhalt und von ihren Aufgaben her eine demokratische Diktatur der revolutionären Kräfte unter der direkten und alleinigen Führung der Kommunistischen Partei.

Mit der Lösung des Problems der Volksmacht war eine der strategischen Aufgaben der Partei erfüllt. Trotzdem konnte man sie nicht als endgültig gelöst betrachten, solange nicht die andere strategische Aufgabe gelöst war — die vollständige Befreiung Albaniens von den deutschen Besatzern.

Die Beschlüsse des Kongresses von Përmet waren ein schwerer Schlag für die Besatzer, die innere Reaktion und die anglo-amerikanische imperialistische Reaktion. Diese Beschlüsse waren für die Abschüttelung des imperialistischen Jochs und für die soziale Befreiung des albanischen Volkes von sehr großer Bedeutung.

Anmerkung:
* siehe: Enver Hoxha, Ausgewählte Werke, Bd. I, Dortmund, S. 301 ff. (dt. Ausg.)

Meldungen

Schülerprotest in Südafrika

Seit Jahresbeginn kommt es an Schulen für Schwarze in Südafrika immer wieder zu Unruhen. Jugendliche hatten unter anderem die Aufhebung des Minister-Beschlusses gefordert, der ältere Schüler vom Unterricht ausschloß. Zudem hatten sie gegen die Prügelstrafe und gegen einzelne Lehrer protestiert, die Zustimmung zur Bildung einer Schülervertretung und zuletzt die Freilassung von Schülern gefordert, die bei Zusammenstößen zwischen protestierenden Jugendlichen und der Polizei verhaftet worden waren.

Die Reaktion der Rassisten-Regierung von Johannesburg war knallhart. Schulschließungen und Aussperrung von Schülern wurde angeordnet. Sechs Schulen in einer Siedlung für schwarze Südafrikaner bei Pretoria wurden einfach dichtgemacht und die Aussperrung von 5000 Schülern zum Ende des Jahres bezeichnete die Regierung als „endgültig und unwiderruflich".

Bergarbeiterstreik in England

Seit zehn Wochen nun dauert der Streik britischer Bergarbeiter gegen die Stillegungspläne der reaktionären Thatcher-Regierung. Die Fronten verhärten sich immer mehr. Da die neuen Gewerkschaftsgesetze die streikenden Kumpel nicht von landesweiten Kampfmaßnahmen haben abhalten können, greift immer öfter die Polizei in diesen Arbeitskampf ein. Seit vergangener Woche stehen erstmals 50 Kumpel wegen „aufrührerischer Zusammenrottung" vor Gericht. Aber selbst Polizeieinsätze und Strafverfolgung weichen die Streikfront nicht auf.



Die Thatcher-Regierung geift nun noch zu anderen Mitteln. So enthüllte ein schottischer Unterhausabgeordneter, daß von London aus alle Sozialämter telefonisch angewiesen seien, die ohnehin kümmerliche Sozialhilfe für die Familien der Streikenden nochmals drastisch zu kürzen. „Sogar die von der Suppenküche eines der Miners Social and Welfare Clubs (Unterstützungsorganisation der Bergarbeiter, RM) ausgegebenen Mahlzeiten können den Bergleuten jetzt als regelmäßiges Einkommen angerechnet und von der Beihilfe abgezogen werden", erklärte der Abgeordnete Gordon Brown.

Obwohl die Regierung mit wirklich allen Mitteln, vom Polizeiknüppel bis zum Abbau aller Sozialleistungen die Bergleute in die Gruben zurücktreiben will, steht die Streikfront weiter. Der Präsident der Bergarbeitergewerkschaft NUM, Arthur Scargill erklärte vergangene Woche: „Wenn es sein muß, streiken wir bis zum nächsten Winter."

Wachsende „Internationalisierung" des Krieges Iran/Irak

Die Lunte brennt am Golf

Drohungen aus den USA

Der eigentlich „lokale" Krieg zwischen Iran und Irak weitet sich mehr und mehr zu einem weltweiten bedeutsamen Konflikt aus. Nach der von den Irakern verhängten Blockade iranischer Öltransporte griffen die Iraner ihrerseits jetzt mehrmals Öltanker an, die aus den arabischen Staaten kamen. Hektische Betriebsamkeit legen vor allem die USA und ihre Verbündeten an den Tag.

Beide Seiten in diesem Krieg nutzen die für die Erdölversorgung der westlichen Staaten so entscheidende Region des Golfes für ihre Kriegsziele aus. Der Irak versucht über die Blockadeaktionen seine westlichen Geld- und Waffengeber zu verstärktem Engagement gegen den Iran zu gewinnen, der Iran auf der anderen Seite versucht genau das Gegenteil — die Angriffe auf die Öltanker sind als Warnung vor weitergehender Hilfe westlicher Staaten an den Irak gedacht.

Obwohl die irakische Blockade der iranischen Öltransporte schon länger anhält, ist die Verschärfung der Situation am Golf erst mit den Angriffen des Iran auf Tanker aus arabischen Staaten eingetreten.

Konkrete Anlässe der internationalen Hektik war der Angriff der iranischen Luftwaffe am vergangenen Freitag auf den panamesischen Frachter „Fidelity". Er wurde versenkt, nur knapp entkam der spanische Supertanker „VLCC Barcelona" dem gleichen Schicksal. Auch kuwaitische und saudiarabische Tanker wurden angegriffen und versenkt.

Eine Sondersitzung der Außenminister der Staaten der Arabischen Liga und eine Reise des US-Vizepräsidenten Bush in die gefährdete Region zeigen die zunehmende Internationalisierung des Krieges.

Während die arabischen Außenminister in ihrer Gesamtheit sich zurückhaltend vor allem gegen Angriffe auf sämtliche nicht am Krieg zwischen Iran und Irak beteiligten Schiffe äußerten, gingen Kuwait und Saudi-Arabien weiter und betonten ihre „Verteidigungsbereitschaft" und drohten dem Iran mit militärischen Aktionen.

Härtere Töne kommen aus den USA. US-Vizepräsident Bush, der eiligst nach Oman geeilt war, bezeichnete die iranischen Angriffe als „Verletzung des internationalen Rechts", die allen Staaten Anlaß zur Sorge geben sollte.

In Oman befindet sich von allen Golfstaaten der einzige feste Stützpunkt für die „schnelle Eingreiftruppe" der USA. Neben dem Oman ist vor allem das prowestliche Sultanat Bahrain, das enge militärische Zusammenarbeit mit den USA betreibt.

Neben diesen offenen Stützpunkten ist der gesamte imperialistische Westen natürlich indirekt ganz offen Partei gegen Iran. So stehen die den Saudis gelieferten Fernaufklärungsflugzeuge vom Typ AWACS vollständig dem Irank zur Verfügung, der seinen Krieg nicht zuletzt wegen der Lieferung französischer Exocet-Raketen überhaupt solange durchhält.

Die von fast allen westlichen Staaten, einschließlich der Bundesrepublik getragene Unterstützung des Irak gegen den Iran ist der Versuch, die Herrschaft am Golf ungeteilt zu behalten. Egal, wie man die innenpolitische Situation des Iran beurteilt, Fakt ist, daß die Nationalisierung der Erdölförderung und der Versuch eigenständig auf dem Weltmarkt aufzutreten, den westlichen Imperialisten und den von ihnen abhängigen Golfstaaten ein Dorn im Auge ist und verhindert werden soll. Für dieses Ziel scheuen sie auch vor der konkreten Planung eines ausgedehnten Krieges nicht zurück.

Beamte des US-Verteidigungsministeriums haben erklärt, die USA würden Kampfflugzeuge in die Golfregion schicken, wenn die arabischen Staaten dies wünschten. Lieber noch wäre den USA eine internationale „konzertierte Aktion". So meldete die US-Fernsehgesellschaft CBS, die US-Regierung erörtere zur Zeit die Möglichkeit einer multinationalen Aktion zur Sicherung der Schiffahrt im Golf. Nach Meldungen der Fernsehgesellschaft NBC gibt es bereits Konsultationen zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland über ein gemeinsames Vorgehen im Persischen Golf.

War zunächst eine solche gemeinsame militärische Aktion lediglich bei einer Blockade des Golfes zur Sicherung „lebenswichtiger Interessen" vorgesehen, so soll der Sprecher der Bonner Wende-Regierung laut BBC ein Eingreifen schon viel früher gefordert haben. Peter Boenisch, so verlautete aus London, setzt den Punkt eines gemeinsamen Eingreifens schon bei der nächsten Erhöhung der Ölpreise an.

Terror gegen Palästinenserlager



Von Israelis gesprengte Häuser im Lager von Ain El Helweh

Die israelischen Streitkräfte, die im Südlibanon weiterhin stationiert sind, und Angehörige der Milizen von Antoine Lahoud (einer reaktionären, proisraelischen libanesischen Truppe) terrorisieren seit geraumer Zeit Palästinenser im Lager Ain El Helweh, den Resten eines der früher größten Flüchtlingslager im Libanon.

Am 15. Mai wurde das Lager erstmals voll umstellt, israelische Soldaten und libanesische Milizionäre drangen am 16. Mai in das Lager ein und ermordeten mehrere Menschen. Nach Protestdemonstrationen gegen das israelische Vorgehen sind die israelischen Soldaten erneut ins Lager eingedrungen, und haben mindestens acht Häuser in die Luft gesprengt, Häuser, in denen sich noch Menschen befanden.

Die israelische Armee hat mittlerweile die „Belagerung" des Lagers von Ain El Helweh bestätigt, zu den Überfällen meinte sie jedoch, es seien nur „normale Razzien" zur Verbrechensbekämpfung gewesen.

Bei den anhaltenden Protesten gegen den israelischen Terror ist nach Meldungen von Radio Libanon in der vergangenen Woche mindestens eine Frau durch einen Kopfschuß getötet worden, 15 Personen verletzten die Soldaten, vier davon schwer und 110 Menschen wurden festgenommen.

Nach letzten Meldungen ist es bisher Journalisten der internationalen Agenturen AFP und CNBC nicht gelungen, bis ins Lager zu kommen. Die Korrespondenten erklärten, daß es einen Grund geben müsse, daß sie als Journalisten daran gehindert würden, das palästinensische Flüchtlingslager bei Saida im Südlibanon zu betreten.

Wie die Informationsstelle Palästina meldet, waren die Bewohner von Ain El Helweh wiederholt, vor allem von Söldnertruppen Haddats, bedroht und eingeschüchtert und an das Schicksal ihrer Landsleute in Sabra und Shatila erinnert worden.

Wahlbetrug auf den Philippinen

Nicht erst die breite Demonstrationswelle nach der Ermordung des Oppositionsführers Aquino zeigte, daß das Marcos-Regime auf den Philippinen auf wackeligen Beinen steht. Wie wenig Legitimation es hat, zeigten die Parlamentswahlen vom 14. Mai.

Nachdem zunächst eindeutige Meldungen vorlagen, daß der Oppositionsblock UNIDO eine große Mehrheit haben würde, ging am vergangenen Mittwoch plötzlich wieder die Partei von Marcos in Führung, am Freitag kündigte Marcos schon konkrete Regierungsbildungspläne an.

Die Opposition läuft Sturm gegen eine offensichtliche Wahlfälschung. Bis heute liegt kein offizielles Wahlergebnis vor. Und Beobachterkommissionen zufolge sollen vor allem in den Provinzen fernab der Hauptstadt haarsträubende Dinge geschehen damit die weitere Regierung von Ferdinand Marcos gesichert bleibt.

In Cebu-City, der zweitgrößten Stadt der Philippinen und einer Hochburg der Opposition, kam es zu einer Massendemonstration gegen den Wahlbetrug. Die 10000 Demonstranten wurden von Soldaten und der Polizei unter Feuer genommen, ein 17jähriger kam dabei ums Leben.

Der eindeutige Wahlsieg der Opposition kam zustande, obwohl Teile der Kräfte, die gegen Marcos sind, zum Wahlboykott aufgerufen hatten. Nachdem das Marcos-Regime per Wahlbetrug und Machtpolitik das Wählervotum offensichtlich einfach ignorieren will, sind aber beide Teile der Opposition, diejenigen, die kandidiert hatten und die Befürworter des Wahlboykotts, zusammengekommen, um über ein gemeinsames Vorgehen der gesamten Opposition zu beraten.

Pressemitteilung

Die während der Rundreise des Vertreters der Gewerkschaft der südafrikanischen schwarzen Gemeindearbeiter [SABMAWU], Zakes Mofokeng, durchgeführte Spendensammlung zur Unterstützung in Südafrika inhaftierter Gewerkschafter ist erfolgreich abgeschlossen. Bis zum 8.5.84 gingen auf das Spendenkonto insgesamt 21424,10 DM ein. Wie das große Interesse an den 21 Veranstaltungen vom 9.1. bis zum 3.2., an denen rund 1550 Leute teilnahmen, zeigt dieses Spendenergebnis, daß die Zustimmung zu den Forderungen der schwarzen Gewerkschaften groß ist und daß viele Organisationen und Leute in Westdeutschland den Kampf dieser Gewerkschaften unterstützen wollen.

Von den gespendeten 21424,10 DM wurden bisher 15000 DM an die SABMAWU überwiesen. Am 5.6. wird das Spendenkonto aufgelöst. Dann wird der Rest des Geldes, alle bis dahin noch eingehenden Spenden abzüglich 138,92 DM Überweisungsgebühren und 2142,41 Mark Flugkostenanteil an die SABMAWU überwiesen.

Weitere Spenden können an folgendes Konto überwiesen werden: Spendenkonto: Eckhard Held, [Azania], BfG Hamburg, Kto.-Nr. 2349624701 [BLZ 20010111]

Mit diesem Geld soll ein Auto für die unabhängige schwarze Dachgewerkschaft CUSA, der die SABMAWU und zehn weitere Gewerkschaften mit zusammen über 100000 Mitgliedern angehören, beschafft werden.

AKAFRIK — Arbeitskreis Afrika

Hamburg:

Palästinensische Freundschaftstage

Vom 1.—3. Juni finden in der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg (Von-Melle-Park) *Palästinensische Freundschaftstage* statt. Sie werden veranstaltet vom Palästinensischen Arbeiter- und Studentenverein e.V. in Zusammenarbeit mit dem ASTA der Hochschule für Wirtschaft und Politik. Unterstützer sind die Internationalismusgruppe der Grün-Alternativen Liste Hamburg und die Marxistische Arbeiterschulung Hamburg.

Die Veranstaltungen im Rahmen der Freundschaftstage dienen der Solidarität mit dem palästinensischen Volk, das unter schweren Bedingungen den Kampf um sein Recht auf Selbstbestimmung und Rückkehr in die Heimat führt. Sie sollen Einblick geben in die Geschichte, die Lebens- und Kampfbedingungen und in die Kultur des palästinensischen Volkes.

Programm:
Freitag, 1. Juni 1984
Informationsveranstaltung mit Abdalla Frangi (Vertreter der PLO), Jürgen Reents (MdB Grüne), Wolfgang Brönner (ASK), Rheinhard Hesse (Journalist), Prof. Mejcher (Uni Hamburg)
Zeit: 19.30 Uhr
Samstag, 2. Juni 1984
Bilderausstellung und Werkstattgespräch mit dem palästinensischen Maler Burhan Karkutli über „Kunst im Widerstand"
Zeit: 14.00 Uhr
Filme über Palästina: G. Abu Ngelah, palästinensischer Filmemacher, stellt seinen Film „Palästinensische Träume" vor.
Zeit: 16.00 Uhr
Freundschaft mit Musik, Tanz, Gesang, Infos, Spezialitäten
Zeit: 19.00 Uhr
Sonntag, 3. Juni 1984
Theateraufführung „Kafr Kassem"
Szenische Kantate nach einer Erzählung von Mahmoud Darwish



Das folgende Lied, nach der Melodie eines bekannten französischen Volksliedes („Frères Jacques") sangen VW-Arbeiter in Wolfsburg während einer Betriebsversammlung. Wir drucken es ab (leicht gekürzt) und empfehlen es zur Nachahmung. Dr. Hahn, der VW-Boss, ist sicherlich leicht zu ersetzen durch euren Boss.

I

Arbeitgeber,
Arbeitgeber
hört ihr uns
hört ihr uns
wir sind die Metaller
wir sind die Metaller
wacht doch auf
wacht doch auf

II

Dr. Hahn, Dr. Hahn,
du wirst sehn
du wirst sehn
35 Stunden
35 Stunden
kriegen wir
kriegen wir

III

Ihr vom Vorstand
ihr vom Vorstand
was wollt ihr
was wollt ihr
rationalisieren
rationalisieren
nicht mit uns
nicht mit uns

IV

Hört, Kollegen
hört, Kollegen
schließt euch an
schließt euch an
Arbeitszeit-
verkürzung
Arbeitszeit-
verkürzung
kommt bestimmt
kommt bestimmt

FUNDSACHE:

„Streik ist nicht des Teufels"

Überschrift eines Flugblatts der kath. Betriebsseelsorge und der CAJ aus Stuttgart

Na —, Gott sei Dank!

Prozeß um Streikbrecherfoto

Gruner und Jahrs üble Methoden

Leider gibt es üble Anlässe genug, den untenstehenden Text „Streikbrecher" von Jack London mal wieder abzudrucken. Im Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich taucht dies Gesindel wieder auf, hat Rückendeckung der Bosse, wie ein Beispiel von Anfang Mai aus Hamburg beweist.

Bei Gruner und Jahr wurde ein recht harmloser Vorfall um einen Streikbrecher von der Unternehmensleitung zu einer Propagandakampagne gegen die streikenden Kollegen und ihre Gewerkschaft, die IG Druck und Papier benutzt. Der Arbeiter Helmut Ost ging entgegen dem Streikaufruf für Gruner und Jahr zu Arbeit.

Es passierten einige „seltsame" Dinge: Kaum betätigte er die Tastatur seines Bildschirmterminals, an dem er arbeiten wollte, antwortete die Mattscheibe mit dem Wort: **Streikbrecher.** Auch sein Spind war mit diesem Wort verziert. Als Helmut Ost das Verlagsgebäude verließ, fotografierte gerade jemand die Streikposten, Helmut Ost geriet ins Bild. Der Streikbrecher drehte durch, er verlangte die Herausgabe des Fotos, in einem Brief schrieb er: *„Auf Beschimpfungen war ich gefaßt! Auf das Bild nicht (...) Was sich hier entwickelt, ist blanker Gesinnungsterror — ich habe das als junger Mensch bie den Nazis miterlebt, und ich habe mir geschworen, derartige Entwicklungen zu bekämpfen."*

Obwohl es keinerlei Anzeichen dafür gab, daß das Foto veröffentlicht werden sollte, strengte Ost mit Hilfe von Grunder und Jahr einen Prozeß an. Die Verlagsleitung nutzte das Verfahren, um mit angeblichen Zeugenaussagen, die nur schriftlich vorlagen, über die Druckergewerkschaft herzuziehen. In den Papieren zitierte die Verlagsleitung ihre Zeugen: *„Umringt von streikenden Kollegen mußte ich in der Wahlkabine offen auf der Wahlurne meine Stimme abgeben." „Ich habe bei der Urabstimmung gesehen, daß einem anderen mit dem Finger auf dem Stimmzettel gezeigt wurde, wo das Kreuz zu machen ist." „Mir erzählte ein Mitarbeiter, der nicht gestreikt hatte, daß ihm fernmündlich anonym Schläge angedroht wurde"* usw. usf. Mit derlei wagen, kaum nachprüfbaren Behauptungen versuchte der Verlag den Prozeß zu einem Tribunal gegen die Drucker und ihre Gewerkschaften zu machen. Glücklicherweise gelang das nicht.

Der Vertreter des (nicht erschienenen) Klägers gab zwar zu, *„daß es sich hier schließlich um einen Streikbrecher handelt, der von einem Streikposten fotografiert wurde"*, er wollte aber nicht von dem Vorwurf der Nazi-Methoden abrücken und verlangte in generelles Fotografierverbot im Arbeitskampf. (*„... und in der gesamten NATO und dem Warschauer Pakt"*, lästerte man im Zuschauerraum).

Der Kläger kam nicht durch. Der Fotograf durfte seine Bilder behalten. Im Arbeitskampf darf fotografiert werden. Streikende dürfen fotografiert werden, **Streikbrecher auch!**

Streikbrecher

Nachdem Gott die Klapperschlange, die Kröte und den Vampir geschaffen hatte, blieb ihm noch etwas abscheuliche Substanz übrig, und daraus machte er einen Streikbrecher. Ein Streikbrecher ist ein aufrecht gehender Zweibeiner mit einer Korkenzieherseele, einem Sumpfhirn und einer Rückgratkombination aus Kleister und Gallert. Wo andere das Herz haben, trägt er eine Geschwulst räudiger Prinzipien.

Wenn ein Streikbrecher die Straße entlang geht, wenden die Menschen ihm den Rücken, die Engel weinen im Himmel und selbst der Teufel schließt die Höllenpforte, um ihn nicht hineinzulassen. Kein Mensch hat das Recht, Streikbrecher zu halten, solange es einen Wassertümpel gibt, der tief genug ist, daß er sich darin ertränken kann oder solange es einen Strick gibt, der lang genug ist, um ein Gerippe daran aufzuhängen. Im Vergleich zu einem Streikbrecher besaß Judas Ischariot, nachdem er seinen Herrn verraten hatte, genügend Charakter, sich zu erhängen. Den hat ein Streikbrecher nicht.

Esau verkaufte sein Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht. Judas Ischariot verriet seinen Heiland für 30 Silberlinge. Benedict Arnold verkaufte sein Land für das Versprechen, daß man ihm ein Offizierspatent in der britischen Armee geben würde. Der moderne Streikbrecher verkauft sein Geburtsrecht, sein Land, seine Frau, seine Kinder und seine Mitmenschen für ein unerfülltes Versprechen seines Unternehmers, seines Trusts oder seiner Gesellschaft.

Esau war ein Verräter an sich selbst. Judas Ischariot war ein Verräter an seinem Gott und Benedict Arnold ein Verräter an seinem Land. Ein Streikbrecher ist ein Verräter an seinem Gott, seinem Land, seiner Familie und seiner Klasse!

Jack London

— Neu im „Roten Morgen" —

Hier hat der Unternehmer das Wort



Während sich ein Funktionär des Unternehmerverbandes mit seiner Forderung nach 53-Stunden-Woche noch vernünftig verhält, [sh. Grafik] ist die Basis wieder viel radikaler [sh. Bild rechts]. Überall die gleichen Probleme.



Betr.: 35-Stunden-Woche

Sage keiner, die Unternehmer wären in der Frage der Arbeitszeitverkürzung nicht kompromißbereit.

Sie bieten statt dessen an:
die Verkürzung
der Kündigungseinspruchzeit
der Kündigungsschutzzeit
der Kündigungszeit generell
der Lohnfortzahlungszeit
der Akkordzeit
der Ausbildungszeit
der Betriebsratssprechstundenzeit
der Betriebsversammlungszeit
der Kuraufenthaltszeit
der Schichtzuschlagszeit
der Freischichtenzeit
der Zeit für Hochzeit
der Bandtaktzeit
der Urlaubszeit
der Mutterschutzzeit
der Schwangerschaftszeit
der Freiheit und
Erholungszeit generell

Gesprächsbereitschaft besteht außerdem über:
die Sommerzeit
die Winterzeit
die Steinzeit
die mitteleuropäische Zeit
die Neuzeit
die Vorkriegszeit
die Brunftzeit
die Bronzezeit
die Eiszeit
die Endzeit
die Zeit überhaupt

mit Ausnahme — wie gesagt: der Wochenarbeitszeit!

Reiner Taudien

Lieber keine Kapitalisten als keine Arbeit

35-Stunden-Woche ...
... damit wir mit 60 jünger sind!

ÜBERSTUNDEN

Franz hatte
so viele Überstunden
gemacht,
daß er
bereits mit vierzig
seinen Lebensabend
erreichte
(K.B.)

Zum





Schluß

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Fr. 17.30 bis 18.30 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.